

Bezugpreis: Vierteljährl. 7,50 Mk., monatl. 2,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Quartals 2,50 Mk., zzgl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 5,75 Mk., für das übrige Ausland 9,75 Mk., bei täglich einmaliger Zustellung 7,75 Mk. Postbestellungen nehmen an: Danemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kompartimentszeile kostet 1,20 Mk. „Kleine Anzeigen“, das fettgedruckte Wort 50 Hfg. (zuletzt 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Hfg. Stielengeld und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Hfg., jedes weitere Wort 20 Hfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungszuschlag 50%, Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Vereine-Anzeigen 1,20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 13. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Die Aenderungen im Friedensvertrag.

Amsterdam, 12. Juni. Laut „Allgemein Handelsblatt“ meldet die „Daily News“ aus Paris, es werde angenommen, daß die hauptsächlichsten Aenderungen im Friedensvertrag folgende sein werden:

1. Saarbezirk: Keine Aenderung der Bestimmung, der zufolge dieses Gebiet während eines Zeitraumes von 15 Jahren der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt wird. Es sei jedoch eine Bestimmung eingefügt worden, die es klarstellt, daß, wenn Deutschland es versäumt, am Ende dieses Zeitraumes die Bergwerke in Gold zurückzukaufen, dies dem Rechte der Einwohner, unter die deutsche Staatsobrigkeit zurückzukehren, wenn dies durch eine Volksabstimmung beschlossen wird, keinen Abbruch tut.

2. Oberschlesien: Es besteht erakter Grund zu fragen, ob die Einwohner dieses Gebiets, selbst wenn sie in der Mehrzahl aus Polen bestehen, die polnische Souveränität der deutschen vorziehen. Es soll daher eine Volksabstimmung unter Aufsicht der Alliierten abgehalten werden. Zugleich erhält Deutschland das Recht, genügend Kohle zu angemessenen Preisen aus diesen Gebieten zu beziehen, und zwar unabhängig davon, ob die Volksabstimmung zugunsten Deutschlands ausfällt oder nicht. Dieses Recht kann auf den Zeitraum beschränkt werden, während welchem Deutschland der Erfüllung des Saarlohnvertrages beraubt wird.

3. Die Frage des linken Rheinuferes hängt davon ab, daß Deutschland seine Verpflichtungen loyal erfüllt. Der Zeitraum der Befreiung wird wahrscheinlich verkürzt werden, zugleich wird dieses Gebiet, soweit die Alliierten dafür verantwortlich sind, so gut wie sicher einer bürgerlichen und nicht einer militärischen Verwaltung unterstellt werden.

4. Entschädigungen: Ueber diese Frage gehen die Ansichten weit mehr auseinander als über irgendeine andere Frage, und man ist daher noch zu keiner Entscheidung gelangt. Es ist wahrscheinlich, daß der amerikanische Vorschlag, daß ein endgültiger Betrag festgesetzt werden soll, zugunsten einer Regelung gepuffert worden ist, nach der die Abschätzung der Entschädigungs-summe in verschiedenen Hauptteilen, welche im Vertrage näher bezeichnet und angedeutet sind, zusammengefaßt wird und Deutschland die Gelegenheit geboten werden soll, entweder eine eigene Abschätzung vorzulegen oder in jedem Falle Bemerkungen zur Berechnung der alliierten Kommissionen zu machen. Es besteht die Absicht, Vorkehrungen zu treffen, daß dieses Verfahren bis Ende dieses Jahres erledigt ist, statt sich bis 1921 hinzuziehen, wie im ursprünglichen Vertrag vorgesehen war.

5. Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Hiergegen kämpft sich Frankreich energisch, obgleich der französische Vertreter in der Kommission für den Völkerbund, abgesehen von einem bedeutungslosen Vorbehalt, den sehr liberalen Vorschlägen, die diese Kommission dem Rat der Vier übermittelt hat, zustimmt. Es ist wahrscheinlich, daß keine diesbezügliche Bestimmung in den Vertrag aufgenommen werden wird. Die Meinung, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, nimmt jedoch ständig zu.

Acht Tage Frist.

Verailles, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Temps“ erklärt schließlich, daß die Frist, die Deutschland erhalten werde, höchstens 8 Tage betragen werde.

Lord Robert Cecil, der Großbritanniens bei den Verhandlungen für das Zustandekommen des Völkerbundes in Paris vertrat und dem der Vorschlag zugeschrieben wurde, Deutschland sofort zuzulassen, hat gestern Paris verlassen, um sich nach London zu begeben, wo er die Organisationsarbeiten des Völkerbundes einleiten wird.

Zur bevorstehenden Antwort.

Französische Kombinationen.

Verailles, 12. Juni. Die Morgenblätter erklären bestimmt, die Antwort der Alliierten werde spätestens Freitagabend oder Sonnabend vormittag überreicht werden.

„Echo de Paris“ berichtet, die alliierten Delegierten hätten den gestrigen Tag als ausgezeichnet bezeichnet. An den wesentlichen Bestimmungen des Vertrages werde nicht getüfelt. Die von Deutschland zu zahlende Gesamtschuld werde nicht sofort festgesetzt. Die Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund werde heute im Biererrat nochmals erörtert. Frankreich wolle Deutschland nicht auslöschen, aber Clemenceau habe die französischen Teile mit solcher Kraft dargelegt, daß Lloyd George die Augen über die Gefährlichkeit seiner neuen Ansicht aufgeschlossen seien. Der Grundgedanke der Volksabstimmung in Oberschlesien sei angenommen. Sie werde unter klar umschriebenen Bedingungen stattfinden. Die Antwort der Alliierten werde Brodtkorff-Kantkau keine andere Wahl lassen, als spätestens am 22. Juni zu unterzeichnen oder Deutschland den Folgen der Kündigung des Waffenstillstandes auszuweichen.

Foch und General Weigand hätten sich gestern mit Clemenceau über den etwaigen Vormarsch der alliierten Armeen besprochen. Die allgemeine Ansicht sei gestern abend gewesen, Brodtkorff sei zu engagiert, um zu unterzeichnen, und das jetzige deutsche Kabinett werde in den ersten Juliwochen durch ein gemäßigt unabhängiges mit Erzberger ersetzt werden, das gewillt sei, die Ententebedingungen anzunehmen.

„Matin“ gibt außerdem noch einige Einzelheiten, darunter die Mitteilung, bei der Aufnahme in den Völkerbund werde Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht allen anderen Nationen gleichgestellt werden.

Parteitag und auswärtige Politik.

Weimar, 12. Juni.

Der Parteitag hat sich gestern sechs Stunden lang mit der auswärtigen Politik beschäftigt. Ein schwieriges Unterfangen, wenn man bedenkt, daß die auswärtige Politik gerade in diesem Augenblick am Kreuzwege steht und eine Entscheidung noch nicht möglich ist, weil ihre notwendigste Voraussetzung, die Antwort der Entente auf die deutschen Vorschläge, noch fehlt. Abschließend kann man wohl sagen, daß in der Debatte, die dem klugen und formvollendeten Vortrag Scheidemanns folgte, weniger Läufe zerklüftet wurden, als Befürworter vielleicht befürchteten. Auch Bernsteins mit Spannung erwartete Rede hätte sich harmonisch in den Rahmen gefügt, wenn dem Redner nicht das Ungeschie einer mißverständlichen Aeußerung passiert wäre, die einen Sturm des Widerspruchs hervorrief. Was Bernstein wirklich gesagt haben wollte, ist in der erregten Debatte und in Bernsteins Schlusswort selbst nicht ganz klar geworden. Verstanden wurde die Aeußerung dahin, daß neun Zehntel der feindlichen Friedensbedingungen berechtigt seien, und so verstanden, mußte das natürliche für mich die Proteste auslösen. Nachdem Bernstein selbst diese Auffassung als falsch zurückgewiesen hat, wäre es von den Ententeimperialisten illoyal, sich auf seine Aeußerung zu berufen, doch diese moralische Erwägung wird sie schwerlich davon abhalten, mit ihr krebien zu gehen, denn leider sind es keine so reine Seelen, wie Genosse Bernstein zweifellos eine ist. Der Parteitag hat aber auch durch sein Verhalten gezeigt, daß er auf den klaren Bahnen einer wirklich internationalen Politik verharren will, daß er weder einem Ueberpartisanismus huldigen will, der das Recht des eigenen Volkes übersteht, noch auch die Möglichkeit hat, sich auf die geheimnisvollen dunklen Klüfte einer sogenannten Kontinentalpolitik zu begeben. Mit ihr und ihrem einzigen Vertreter auf dem Parteitag, dem Genossen Cohen-Neuf, war die Abrechnung allerdings fürchterlich, nicht nur fand diese Politik, die Scheidemann die unsocialistischste nannte, die es gibt, nirgends Unterstützung, auch ihr Wortführer, der Genosse Cohen, erlitt im Kampfe um sie eine solche Niederlage, daß er bis auf weiteres als erledigt gelten kann. Der Genosse Cohen hat natürlich, wie jeder andere Genosse das Recht, zu seiner Meinung zu stehen, Führerqualität wird man aber einem Mann kaum zugestehen, dessen Politik während des Krieges nach außen hin durch das Wort „U-Boot-Krieg“, nach innen auf das Wort „Pluralwahlrecht“ gekennzeichnet ist. Natürlich ist der Schluss nicht ohne weiteres berechtigt, daß Cohens heutige Politik ebenso miserabel sein würde wie seine gestrige. Leider ist dies aber. Eine solche geistige Entwicklung vom U-Boot-Krieg zur Kontinentalpolitik und vom Pluralwahlrecht zum Räte-Zweikammersystem ist eben keine glückliche zu nennen. Mehr als auf die meisten anderen paßt auf den Genossen Cohen das Goethewort: „Es irrt der Mensch, solang er strebt“. Cohen und die ihm gleichgesinnten Genossen müssen sich erst zur politischen Klarheit durchringen, wenn ihnen das Werk der Parteirettung gelingen soll, das sie mit so schönem Selbstbewußtsein in Angriff genommen haben. Natürlich darf man über dem persönlichen Geplänkel die sachliche Bedeutung der Debatte und der ihr folgenden Abstimmung nicht übersehen, und die besteht darin, daß der Parteitag die bisherige auswärtige Politik mit einer einstimmigen Grenzenden Mehrheit billigt.

Lebensmitteldiebstähle in Hamburg.

Hamburg, 12. Juni. Das Ueberhandnehmen der Diebstähle von amerikanischen Lebensmitteln gab Veranlassung, gestern abend in der Zeit zwischen 10 und 11 Uhr die nach St. Pauli Landungsbrücken zurückkehrenden Hafenarbeiter durch verstärkte Sicherheitsmannschaften und Militär durchsuchen zu lassen. Hierbei wurden große Mengen Lebensmittel, Speck, Mais, Bohnen, Mehl usw. beschlagnahmt, an Speck allein 800 Kilo.

Lächerliche Kinderei!!

Das Geständnis der Unabhängigen zu Noskes Enttüllungen.

In ihrer Donnerstag-Abendausgabe rückt die „Freiheit“ mit dem verlegenen Geständnis heraus, daß Noskes Enttüllungen auf Wahrheit beruhen. Vergebens sucht sie, den Blamablen und für die unabhängigen Parteigliäubigen geradezu niederschmetternden Eindruck dieser Tatsachen durch ein gestammeltes Gemisch von halben Ausflüchten und ärgerlichen Schimpereien zu decken. Die Partei „als solche“ habe mit der Sache nichts zu tun gehabt. Soviel Dummheit haben wir den Herren Barth und Breitscheid auch wirklich nicht zugetraut, daß sie den Offizieren des Eden-Hotels das Einverständnis ihrer übrigen Parteimitglieder auch gleich noch schriftlich mitgebracht hätten!

Im übrigen sucht die „Freiheit“ den Eindruck der Sache dadurch zu verkleinern, daß sie die Unterredungen im Eden-Hotel mit abwehrender Geste als „Anflug“ und „lächerliche Kinderei“ bezeichnet. Aber gleich darauf bricht doch der helle Kerger über das Mißlingen des schönen Planes hervor und Emil Barth bekommt den unwirksamen Anranger, „daß Genossen, die so leicht in die Falle gehen, für führende Stellen nicht gerade die nötige Eignung besitzen.“ Der so Angeblähene läßt dann selber noch eine Erklärung los, in der er prahlend versichert, er habe natürlich genau gewußt, daß alles herauskommen würde. (Hinterher läßt sich natürlich so etwas leicht behaupten.) Im übrigen lehrt Emil Barth mit stolzer Geste jede Auskunft über die Motive, die ihn zu seinem Handeln veranlaßt haben, ab. (Wie würde sich die „Freiheit“ entrichten, wenn ein Mehrheitssozialist sich in dieser Weise verantwortete!)

Aber nun Spieß beiseite: Dem will man hier vorreden, daß es sich bei dem Ganzen nur um eine lächerliche Kinderei und nichts weiter gehandelt habe? Zumal da nunmehr auch bekannt wird, daß Barth, Breitscheid und Genossen ihre „Kinderei“ nicht nur bei der Garde-Schützen-Division sondern auch noch bei den übrigen Formationen der Freiwilligen versucht haben. Schließlich sind das doch keine Kinder, sondern eben dieselben Männer, welche die Unabhängigen in ihrer Regierungsperiode nach dem 9. November an die Spitze des Deutschen Reiches und Preußens gestellt haben!

Etwas Licht in die Geschichte bringt vielleicht die riesengroße Ueberschrift der ersten Seite, unter der die „Freiheit“ ihr verlegenes Geständnis zu verdecken sucht. Die Wochenscheite der Donnerstag-Abend-Ausgabe der „Freiheit“ lautet nicht etwa „Barth im Eden-Hotel“ oder „Friedliches Zusammensein der Unabhängigen mit ihren angeblichen Todfeinden“ oder „Die U. S. V. bittet die Garde-Kavallerie-Schützen-Division um ihre Dienste“, sondern sie lautet: „Die Bourgeoise will den Bürgerkrieg!“ Und dann kommt die vom „Vorwärts“ bereits einen halben Tag zuvor berichtete Sitzung des Bürgerrats Groß-Berlin. Warum dieses Ablenkungsmanöver? Warum die Bourgeoise will den Bürgerkrieg? Die „Freiheit“ scheint hier sehr eifrig andere hinter dem Ofen zu suchen, hinter dem so manche der Ihren selber geoffen haben.

Die ganze Geschichte vom Eden-Hotel spricht doch recht deutlich dafür, daß zum mindesten in gewissen Kreisen der U. S. V. noch recht lebhaft mit dem Gedanken des Futichismus gespielt wird. Wenn derartige Stimmungen von der offiziellen Parteileitung auch stets geleugnet werden, so kann doch kein Zweifel sein, daß sie in nicht unerheblichem Umfang bestehen und auch recht häufig an die Oberfläche kommen. Wenn Emil Barth über die Motive seines Handelns jede Auskunft ablehnt, so kann das nur den Eindruck verstärken, daß hier Heimlichkeiten vorliegen, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Oder sollte Barth bei seinem Liebeswerben um die Offiziere der Garde-Kavallerie-Schützen-Division von der Annahme ausgegangen sein, daß die Unabhängigen im Wege der parlamentarischen Mehrheitsbildung zur Regierung gelangen würden? Dieser Fall scheint doch recht wenig wahrscheinlich!

Gewiß ist es nicht die Parteileitung der U. S. V., aber es sind Elemente, die der U. S. V. nahe genug stehen und stets bei ihr politische Deckung suchen und finden, die immer wieder mit dem Gedanken einer gewaltsamen Erhebung gegen die Regierung spielen, daß diese Regierung auf dem Boden der Demokratie, auf Grund des freiesten und gerechtesten Wahlrechts entstanden ist, spielt bei ihr keine Rolle; denn der Typ der

Anti-Demokraten und Anhänger der Minderheits-Gewaltsherrschaft ist auch bei den Unabhängigen sehr verbreitet. Wenn wir nicht schon so wählten, was in jenen Kreisen geplant wird, so könnten wir den freundlichen Einfindern von Drohschreiben usw. dafür danken, daß sie uns ständig auf dem Laufenden erhalten.

Zu dem gesunden demokratischen Sinn der Berliner Arbeiterschaft haben wir das feste Vertrauen, daß sie sich nicht von diesen Vorkäufen, deren Pläne in geheimen Konventionen beginnen und im Eden-Hotel endigen, hinreißen lassen wird. Durch den ruhigen und würdigen Verlauf, den der Proteststreik wegen der Ermordung Leinades genommen hat, sind jene Kreise arg enttäuscht worden. Manche von ihnen sehen jetzt ihre Hoffnung auf die Demonstrationen anlässlich der heutigen Beerdigung Rosa Luxemburgs.

Wir verstehen und würdigen durchaus die Gefühle, mit denen die Arbeiterschaft die tote Kämpferin zu Grabe geleitet. Auch die mehrheitssozialistische Arbeiterschaft hat ausgesprochen, daß sie mit dem gesamten internationalen Proletariat in Rosa Luxemburg eine Führerin von Geist und hoher Begabung betrauert. Die edle Bestimmung der Ermordeten und ihr lauterer Wille werden anerkannt, soweit es Sozialisten gibt, ebenso wie die Beurteilung der Mörder allgemein ist. Aber alle diese Gefühle können nicht dazu führen, daß die Arbeiterschaft der Toten zuliebe eine Wiederholung ihres tragischen politischen Fehlers inszeniert. Bei aller persönlichen Trauer um die Verlorne Rosa Luxemburgs muß sich die Arbeiterschaft darüber klar bleiben, daß es der verhängnisvollste Fehler ihres Lebens war, den Gedanken der Demokratie, für den die deutsche Sozialdemokratie zwei Menschenalter gestritten hat, im entscheidenden Augenblicke abzulehnen. Was Scheidemann am dem Parteitag gesagt hat, gilt für uns alle: Wir nennen uns nicht aus Zufall von altersher Sozialdemokraten, sondern die Demokratie steht im Mittelpunkt unseres Programms, und wer an dem Grundgedanken der politischen Gleichberechtigung rüttelt, kann sich nicht mehr Sozialdemokrat nennen.

Wir fordern die reine Entwicklung und Auswirkung des Volkswillens, wir verwerfen jeden Opportunismus, und das tragikomische Bild der Partei und Genossen, die heimlich um die Gunst der Freiwilligen werben, ihnen die Aufrechterhaltung ihrer Formationen und Rechte zu sichern, während sie öffentlich den Boykott der Freiwilligen und ihre Ausstoßung aus der Gesellschaft predigen, dieses Bild sollte dem deutschen Proletariat zeitweilig eine abschreckende Warnung sein.

Eine Unterredung mit Macdonald.

Die Gefühle gegenüber den Alliierten.

Amsterdam, 12. Juni. Ramsay MacDonald, der aus Italien und der Schweiz zurückgekehrt ist, hatte eine Unterredung mit dem Vertreter des sozialistischen „Daily Herald“, in der er u. a. sagte, es sei unmöglich, die bitteren Gefühle zu schildern, die die Sozialisten beider Länder den Alliierten gegenüber haben. Die italienische sozialistische Partei sei außerordentlich mächtig, und ohne allen Zweifel bestehe die Möglichkeit einer Revolution in Italien. Die Bevölkerung beginne den Vandalismus des Landes zu fühlen, der Wert des Geldes sei zurückgegangen und die Unzufriedenheit über die Löhne sei allgemein. Es seien alle Elemente der Aufregung sichtbar. Zwischen den Sozialisten und den Gewerkschaftlern herrsche vollständiges Einverständnis, und beide Parteien hätten eine Entscheidung für den allgemeinen Streik angenommen, um ihr Zusammengehen mit der russischen Revolution zu zeigen. Das Verhalten der Alliierten in Paris habe mehr dazu beigetragen, die Arbeiterbewegung in Frankreich, Italien und der Schweiz zu radikalieren, als die Tätigkeit einer ganzen Generation von Agitatoren.

Das soziale Mitgefühl in der russischen Literatur.

Von Rosa Luxemburg.

Rosa Luxemburg kannten wir als glänzende Marxistin, die es verstand, die schwierigen Probleme der Sozialökonomie in Rede und Schrift mit feinsten Klarheit gemeinverständlich darzustellen. Nach ihrem Tode wurden wir überrascht durch eine Uebersetzung von Korolenkos literarisch wie kulturhistorisch gleich bedeutenden Jugenderlebnissen: „Die Geschichte meines Zeitgenossen“ (Verlag von Paul Cassirer). Die Einleitung, aus der wir hier ein Stück bieten, gibt eine meisterhafte Einführung in die russische Literatur und Geschichtsschreibung und zeigt nicht nur von starkem sozialen, sondern auch von feinstem künstlerischen Gefühl.

Das soziale Mitgefühl ist es, was die Eigenart und künstlerische Größe der russischen Literatur bedingt. Ergreifen und erschüttern kann nur, wer selbst ergriffen und erschüttert ist. Tolstoj und Gorki sind freilich in jedem einzelnen Falle eine „Gabe Gottes“. Aber das größte Talent allein reicht zur nachhaltigen Wirkung nicht aus. Zur bleibenden Wirkung, zur wirklichen Erziehung der Gesellschaft gehört mehr als Talent: historische Persönlichkeit, Charakter, Individualität, die im Hintergrund einer geschlossenen großen Weltanschauung verankert sind. Die Weltanschauung ist es eben, das sein vibrierende soziale Bewußtsein der russischen Literatur, das ihren Wert für die Psychologie der verschiedenen Charaktere, Taten, sozialen Logen der Menschen so außerordentlich groß macht, es ist das samerlich judende Bewußtsein, das ihr bei ihren Schilderungen Herzen von dieser leuchtenden Pracht eingegeben, es ist das rastlos Suchende, über die gesellschaftlichen Rätsel Gräbelnde, was sie befähigt hat, den gesellschaftlichen Bau in seiner ganzen Größe und unermesslichen Verschlungenheit mit künstlerischem Auge zu erschauen und in gewaltigen Worten festzuhalten.

Dostojewski ist durch die Tatsache, daß ein Mensch einen Menschen ermorden kann, daß solches alle Tage neben uns, mitten in unserer „Zivilisation“, Wand an Wand mit unserm bürgerlichen Hausfrieden, passieren kann, bis auf den Grund der Seele erschüttert. Wie für Hamlet durch das Verbrechen seiner Mutter alle Bande der Menschheit aufgelöst, die Welt aus den Augen ist, so für Dostojewski angefaßt der Tatsache, daß ein Mensch einen Menschen ermorden kann. Er findet keine Ruhe, er fühlt die Verantwortung, die auf ihm, wie auf jedem von uns, für die Unentschiedenheit lastet. Er muß sich die Frage des Mörders klar machen, seinen Leiden, seinen Qualen bis in die verborgenen Kulte seines Herzens nachspüren. Er hat diese Kulte alle durchgeleuchtet und ist gedendend durch die furchtbare Erkenntnis: Der Mörder ist selbst das unauflösliche Opfer der Gesellschaft. Nun ruft Dostojewski mit furchtbarem Stimm Alarm, er wagt uns aus der stupiden Gleichgültigkeit des zivilisierten Egoismus, der den Mörder dem Kriminalkommissar, dem Staatsanwalt und dem Henker oder dem Justizhaus überantwortet und damit erledigt zu haben wähnt. Dostojewski mahnt uns, alle Parteien des Mörders mit zu erleben und wirkt uns zum Schluß beizugehen zu haben: wer einmal seinen Kollater-

Die Antwort Ungarns.

Wien, 12. Juni. (L. A.) Pariser Blätter wollen wissen, daß der Volkskommissar der ungarischen Sowjetrepublik für auswärtige Angelegenheiten, Bela Kun, die Note des Biererrats in zu stimmendem Sinne beantwortet hat. An die Bereitwilligkeit zur Einstellung der Feindseligkeiten hat die ungarische Regierung jedoch verschiedene Bedingungen geknüpft, zu denen der Biererrat am Mittwoch Stellung genommen hat. Ueber das Ergebnis dieser Beratungen ist noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

Die kopflose Pariser Politik.

Eine sozialistische Kritik.

Amsterdam, 12. Juni. Der Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“ über berichtet aus Paris vom 9., die Regierung vertiere vollständig den Kopf, sie habe keine Politik, kein Bestreben, kein Ansehen, und die oberen Schichten träumten von einer militärischen Diktatur, von der Monarchie und einem allgemeinen weiten Terror. Vielleicht werde die jegliche Stimmung vorüber gehen. Aber sie gleiche immer mehr der vor dem Ausbruch der Erhebung von 1789. Nur wenige Leute zweifeln daran, daß es zu einer Revolution kommen werde. Man frage sich nur, wann sie kommen werde, dieses Jahr oder das nächste, vor dem Frieden oder nach dem Frieden.

Ein Appell an Italien.

Eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident gab dem Vertreter des „Journal de l'Italia“ etwa folgende Erklärungen:

Deutschland will einen Frieden, der möglich, der nicht unausführbar ist. Wenn es einen unausführbaren Frieden unterzeichnete, würde es sich des Verrates am Frieden der ganzen Welt schuldig machen. Die Folge der Uebernahme unerfüllbarer Verpflichtungen müßte sein, daß unsere Gegner die Befreiung unseres Gebietes auf unbestimmte Zeit verlängerten. Deutschland wird in Zukunft eine Politik verschmähen, die den Anschein erweckt, als ob es seine Absichten mit Gewalt durchsetzen wolle. Die Zeiten der Gewalt sind vorüber. Diese Auffassung ist nicht anders, als das Programm der S. P. D. Der deutsche Völkerverbund untersteht sich vor allem dadurch von dem der Entente, daß er den Krieg als völkerrechtliches Rechtsmittel anschalet.

Diese Grundzüge sind für die innere Gestaltung unseres Lebens maßgebend. Wir wollen keinen Militarismus, sondern nur eine Dreyermacht, die imstande ist, die innere Ordnung aufrecht zu erhalten. Wir werden genötigt sein, unserer Wirtschaft eine Produktivität zu geben, wie sie vielleicht niemals auf der Welt entwickelt worden ist, wenn wir unsere finanziellen Verpflichtungen erfüllen wollen. Wir brauchen notwendig Rohstoffe, Nahrungsmittel, Transportmittel. Wir hoffen, daß Italien Verständnis dafür haben wird, dessen Interessen mit den deutschen parallel gehen werden, ähnlich wie im neunzehnten Jahrhundert. Wollte man Deutschlands Einheit antasten, so würde man sich des Vorbilds erinnern, das Italien durch die Aufrechterhaltung seiner Volkseinheit gibt.

Eindruck des Friedenstextes in Amerika.

Eine nackte Annexion.

Amsterdam, 12. Juni. Der New Yorker Korrespondent des „Daily News“ meldet seinem Blatt über den Eindruck, den die Veröffentlichung des vollen Wortlautes des Friedensvertrages in New York gemacht hat. Man sehe jetzt ein, daß die Lösung der Saarbedenfrage eine „nackte Annexion“ genannt werden könne, die sich in keiner Hinsicht von der deutschen Annexion Elsas-Lothringens im Jahre 1870 unterscheide. Man könne jetzt wohl begreifen, weswegen die europäischen Diplomaten geögert haben, den Wortlaut dieser Bestimmungen den demokratischen Staaten zu ent-

Kriegszustand zwischen Finnern und Bolschewiki.

Kopenhagen, 12. Juni. Laut Meldung von „Berlingske Tidende“ aus Helsinki herrscht tatsächlich zwischen Rußland und Finnland an der finnischen Ostgrenze Kriegszustand. Die Bolschewiken graben Schützengräben und ziehen immer mehr Truppen mit Artillerie an der Grenze zusammen. Sie fallen in Finnland ein und brennen Dörfer nieder. Finnen überschritten 500 Bolschewiken die finnische Grenze, wurden jedoch von der Grenzwehr zurückgetrieben. Man glaubt, daß sie einen neuen toten Aufbruch in Finnland hervorzurufen wollen.

Generalstreik der Bergarbeiter in Frankreich

Paris, 12. Juni. Die Streiklage hat sich wieder zugepunkt. Die Morgenblätter melden, daß der Verband der Bergleute beschlossen hat, am 18. Juni in ganz Frankreich einen Generalstreik zu beginnen, weil die französische Kammer gestern die Vorlage über die Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken mit Änderungen angenommen hat, von welcher die Bergleute nichts wissen wollen. Die Bergleute verlangen, daß die achtstündige Arbeitszeit von der Einfahrt des ersten Bergmannes der ganzen Schicht an bis zur Ausfahrt des letzten Bergmannes der ganzen Schicht gerechnet werde, wie die Kammer es in der vorgelegten ersten Lesung angenommen hatte. Der Verband der Bergleute beschloß gleichfalls am 18. Juni den Generalstreik zu beginnen, falls keine Forderungen bis zu diesem Zeitpunkt nicht gänzlich bewilligt seien.

Der Verwaltungsausschuß des Gewerkschaftsbundes wendet sich in einem Aufruf an die Öffentlichkeit, um ihr gegenüber die Arbeiterschaft vor Verdächtigungen zu verteidigen. Der Aufruf erklärt, daß die Lebensunterhaltung auf Kriegsmahnmahnen, welche die Handelsfreiheit beschränken, und auf Schleichhandel zurückzuführen sei, und daß die Regierung unbedingt sofortige wirksame Abhilfe schaffen müsse, sonst werde das Land in den Abgrund und zu Gewalttätigkeiten getrieben werden.

Der politische Generalstreik in Berlin.

Abermals Ueberrumpelung der Arbeiter.

Der Berliner Generalstreik wegen der Ermordung Leinades ist von der Kollaboration der Groß-Berliner A. und S. Mite befohlen worden. Und die Arbeiter der großen Betriebe haben sich dieser Anordnung gefügt. Wir haben gelegentlich des politischen Märzstreiks an dieser Stelle gesagt, daß die Kollaboration nicht zu beratigen Aktionen über die Köpfe der Arbeiter selbst hinweg legitimiert ist. Bei dem jüngsten Streik hat sich abermals gezeigt, daß entgegen dem Willen der Mehrheit der Arbeiter ihnen eine von den linksradikalen Gruppen veranlaßte und von den übrigen Arbeiterräten mitgemachte Aktion aufgezwungen wurde. Jetzt sind in einer Reihe von Großbetrieben nachträglich Abstimmungen zum Generalstreik vorgenommen worden und bis auf wenige Betriebe hat die Mehrheit der Arbeiter sich gegen den letzten Streik ausgesprochen. So war es auch beim Märzstreik.

Es ist unbedingt notwendig, daß für künftige Fälle allgemeine Klarheit über die Frage des politischen Streiks zu schaffen. Die Parole für den politischen Streik ist ausschließlich Sache der politischen Parteien. Will aber eine andere Körperschaft dieses Kampfmittel angewendet wissen, so hat vorher eine Abstimmung der Arbeiter darüber zu entscheiden. Aber auch nach dieser Entscheidung kann die allgemeine Solidarität für politische Ziele bestimmter Gruppen nicht verlangt werden.

Hafenarbeiterstreik in Remel. Seit Dienstag streiken in Remel sämtliche Hafenarbeiter. Es handelt sich um einen sogenannten wilden Streik, der unter Bruch des erst vor sechs Wochen abgeschlossenen Tarifvertrages ohne Billigung der Gewerkschaften erfolgte.

artigsten Seelenverkrüppelungen zur Raffenerziehung werden müssen. Unterdrückung, Willkür, Unrecht, Armut, Abhängigkeit und auch eine zur einseitigen Spezialisierung führende Arbeitsteilung als häßliche Einrichtungen, welche die Menschen geistig in bestimmte Weise, und zwar auf beiden Polen: der Unterdrückung wie der Unterdrückung, der Trägheit, wie der Kriecherei, der Beschränkung, wie der Schwärmeri, der rückwärtslose Streber wie der indolente Varenhäuter, der Bedant wie der Konsumist sind gleichermassen Produkte und Opfer ihrer Verhältnisse.

Gerade diese besonderen psychologischen Abnormitäten, sozusagen der letzte Wud der Menschenseele unter der Einwirkung allseitiger gesellschaftlicher Verhältnisse haben bei Gogol, Dostojewski, Goncharow, Saltykow, Uspenski, Tschekow und anderen Schilderungen von vulgärer Wucht gefunden. Die Tragödie der Trivialität eines ganz gewöhnlichen Alltagsmenschen, wie sie Tolstoj in „Iwan Iliichs Tod“ geliefert hat, steht wohl einzig in der Weltliteratur da.

Notizen.

Der Goethebund für die Freiheit der Kunst. Der Vorstand des Berliner Goethebundes hat gestern an den Verfassungsausschuß der Nationalversammlung in Weimar eine Depesche abgefaßt, worin er ihn zu erneuter eingehender Erwägung der im Artikel Nr. 11 des Verfassungsentwurfs enthaltenen Begrenzungen der künstlerischen Freiheit durch die Schranken der „guten Sitten“ anregt. Diese vieldeutigen Worte — so meint er — können zu einer ersten Gefahr werden, sobald rückwärtsliche Strömungen die Oberhand gewinnen, und sie stellen selbst freiheitliche geistige Behörden vor immer neue Zweifel und Schwierigkeiten, zumal sie der engherzigen Angeberei für und für öffnen. In der Bekämpfung von Schund und Schmutz sind die allgemeinen Besuche ausreichend. Strikige Grenzfälle aber, einerlei ob sie Lichtspiele oder andere öffentliche Darbietungen betreffen, können nur durch das Urteil einer ständigen künstlerischen Sachverständigenkommission entschieden werden.

Aus der Republik der Wissenschaften. Prof. Ernst Cassirer, bisher Privatdozent an der Berliner Universität, ist als Professor für Philosophie an der Paderborger Universität berufen worden. Er vertritt als Schüler Hermann Cohen's einen an Kant orientierten Idealismus.

Aus der Bühnenwelt. Moissi will vom März des nächsten Jahres an außer im Deutschen Theater in Berlin auch im Wiener Burgtheater mitwirken, außerdem in Wien Volksvorstellungen nach Reinhardt'schem Muster veranstalten.

Wagner-Konzerte. Kapellmeister Karl Siebel vom Reichstheater in Weimar gibt mit dem Blüthner-Orchester am 13. Juni im Garten des Bismarck-Denkmalparks und am 14. Juni im Blüthner-Saal Instrumentalkonzerte aus Wagner's Musikdramen. Beide Male wird auch die Operette von Wagner's Frühlingsooper „Die Feen“ gespielt.

Volkshochschulblätter. Das Juni-Heft dieser von Damschortz herausgegebenen Zeitschrift (Verlag Gubler, Dresden) enthält eine Bekanntmachung älterer und neuer Volkshochschulblätter. Der Herausgeber tritt für die Gründung eines „Deutschen Volkshochschulvereins“ ein, der als Zentralfstelle der Gründung einzelner Volkshochschulen vorarbeiten soll.

Auswärtige Politik auf dem Parteitag.

Das Korespondenzmaterial

Edvard Bernstein:

Die allgemeinen Grundsätze sozialdemokratischer Politik hat Scheidemann schon dargelegt, so daß ich hierüber aufs Wort verzichten könnte, aber allein mit grundsätzlichen Erklärungen kann man nicht Politik machen. Unsere auswärtige Politik ist wichtig wegen ihres Einflusses auf die ganze Politik der Republik und wegen ihrer Auswirkung auf die sozialistische Internationale. In der Republik haben wir ein Kabinettsministerium, und die Entscheidungen werden oft durch Kompromisse gefällt. Der Außenminister mag gut sein, aber internationaler Sozialist ist er nicht. (Heiterkeit) Gelingen sind Einfluß und Wirksamkeit des sehr betriebenen und wandlungsfähigen Herrn Erzberger, der in immer verstärktem Maße in die Außenpolitik hineingeführt. Karl zu behaupten. Jedenfalls kann die sozialdemokratische Politik nicht darauf verzichten. Kritik an der Außenpolitik des Reiches zu üben. Es handelt sich dabei um die Auffassung unseres Volkes und um unser Aussehen in der Internationale, das schwer erschüttert war und noch nicht wieder hergestellt ist und das gegenwärtig die größte praktische politische Bedeutung hat. (Sehr wohl!) Wels hat vorgeschrieben die Kreditbewilligungen als endgültig genehmigt bezeichnet durch die Friedensbedingungen von Versailles, aber diese Bedingungen sind das Ergebnis eines dreieinhalbjährigen Krieges mit barbarischen Mitteln, welche die Partei verdammt. Dafür ist die deutsche Regierung in hohem Maße verantwortlich. Allerdings konnte am 4. August das niemand voraussehen, auch wenn er den Scharfschütz des Bundesrats von Rintz besessen hätte. Trotzdem ist für mich der

3. und 4. August 1914 der schwarzeste Tag meines Lebens.

Er war ein Unheil für unser Volk, ein Unheil für unsere Kultur. Dätten wir am 4. August anders gestimmt oder wenigstens uns der Stimme enthalten, so hätte es Deutschland ganz gewiß nicht schlecht. Millionen Menschen wären weniger verkrüppelt. (Sturm. Widerspruch und lautes Lachen. Die Ursache dauert während der ganzen folgenden Ausführung an.)

Nach den Berichten von Vidnovaly und Goshen soll am 31. Juli Weiskamm den Kaiser Inoffiziell gebeten haben, vom Krieg abzulassen. (Lachen) aber wenn er ein Mann von Charakter gewesen wäre, wäre er gegangen, wenn sein Rat nicht befolgt wurde. Die damaligen englischen und französischen Minister Viviani, Briand und Abel Herr, Clemenceau, George und Burns wollten ganz gewiß keinen Krieg. Gerade Poincaré hat am 31. Juli den König von England beschworen, für den Frieden einzutreten. (Lachen!) Wir waren am 4. August leider schlecht informiert, aber warum haben wir an der falschen Taktik festgehalten, als wir besser informiert wurden? Heute herrschen in den feindlichen Staaten überall die Nationalisten, darum sind die Friedensbedingungen sehr hart und zum Teil einfach unmöglich. Aber neun Zehntel davon erkennen wir als notwendig. (Sturm. Entschuldigungsrufe auch von Seiten Scheidemanns und Hermann Müllers.) Aber das selbe hat doch Scheidemann eben gesagt, und das ist auch der Inhalt der Gegenvorschläge, die ich nun wiedergebe. (Erneute Zurufe.) Nun, dann sagen wir nicht neun Zehntel, sondern acht Zehntel, so genau möchte ich das nicht bemessen. (Heiterkeit.) Aber jedenfalls ist Belgien und Frankreich durch den Krieg furchtbar mitgenommen. (Rufe: Für Ostpreußen habt ihr nicht ein Wort gesagt. Deutschland ist Euch nicht!) Als die Russen in Ostpreußen einbrachen, gab es noch keine II. S. B. (Rufe: Aber gebt uns Sie über die in Ostpreußen gefallenen Russen!) Man hätte uns gesagt, der Krieg ginge gegen Russland, und die ganze Kraft wurde gegen den Krieg eingesetzt. Der deutsche Generalstab hat gegen guten Rat Ostpreußen preisgegeben. (Rufe: Ist das ein dummes Geschwätz! Leb. Weiskamm!) Genossen! Meinungsverschiedenheiten müssen sein, aber ich sage das wirklich nicht, um Unfrieden in die Partei zu tragen. (Weiskamm.) Hätte sich Deutschland im Westen defensiv verhalten, so hätten die Westmächte den Krieg nicht mitgemacht oder jedenfalls nicht diese Kriegsführung gehabt. (Teilw. Weiskamm.) Für Imperialismus erklärt man jetzt bei den Westmächten sehr viel, was nur berechtigter Patriotismus ist. Das Wort „Imperialismus“ hört nicht mehr auf, sondern verbummelt. Vollständiger Unfug ist das Wort „Sozialpatriot“, denn Patriotismus ist nichts Verwerfliches, sondern kann etwas sehr Anerkennenswertes sein. Meine Haltung ist niemals diktiert durch Mangel an patriotischem Empfinden. (Weiskamm.)

Im Osten fordert die Entente die

Wiederherstellung Polens

in seinen Grenzen von 1772. Dafür ist auch Marx eingetreten und im Jahre 1863 Rossale, nur wollte Rossale die germanisierten Teile ausnehmen. Auch wir dürfen nicht das historische Recht verfechten, soweit es ein Unrecht gegen die Lebenden ist. Die Sprachkarte entspricht ziemlich genau der Demarkationslinie der Entente. (Leb. Widerspruch!) Otto Braun ruff: Unfug! Wichtig ist die Sprache ist die politische Gesinnung und da sagen gute Kenner des Ostens: „Nur keine Volksabstimmung, sie könnte schamlos ausfallen (Zuruf: Injames Nach! Volksabstimmung mit Weiskamm!) Wir müssen den Fragen objektiv und sachlich sehen. Wichtig sind auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die kulturellen Beziehungen und die nationalen Entitäten. Wir wollen keine deutsche und keine polnische Irredenta. Jedenfalls müssen wir uns von der Phrasologie und der Kampfwiese der bürgerlichen Parteien fernhalten. Die Friedensbedingungen der Entente sollen nicht nur den Sozialismus treffen, sondern auch die Kapitalisten und die Nationalisten. Sozialdemokratische Außenpolitik kann nur Völkerbundspolitik sein. Diese verfolgt auch Wilson. In der politischen Frage hat er sich festgesetzt, weil er die östlichen Verhältnisse nicht kennt. Er hat keine Ahnung davon, von welcher Bedeutung eine verständige Lösung der ostpreussischen Frage für den Völkerverbund ist. Gegen Wilson findet sich eine sehr genaue Gesellschaft zusammen. Die Protestversammlung gegen die Unterdrückung der Völker am Pfingstsonntagabend in Berlin hätte die Regierung verhindern müssen. Die angeblichen irdischen Freiheitskämpfer wollen lieber unterdrücken. Die stämmische Aktivitäten werden von unseren Genossen verachtet. Man sollte die Dinge endlich sehen, wie sie sind. Ich habe in Bern mit diesen Angehörigen feindlicher Staaten sprechen können, auch mit Amerikanern, die es gut mit Deutschland meinen. Ihre Arbeit wird erschwert, wenn sie darauf hinweisen können, daß es in Wirklichkeit ja noch das alte Deutschland ist, und daß man nur die Fassade geändert hat. (Lachen.)

Denn kommt ich zur Frage der Kriegsschuld und der Verantwortlichkeit (Zuruf: Um Gottes Willen!) Die Internationale ist nicht hart gegen uns, auch nicht hart gegen die deutsche Sozialdemokratie (Widerspruch). Vandervelde, Thomas und Renaudel sind nicht ungerade gegen uns und (Widerspruch). Zuruf Otto Braun: Es sind laute Engel! Nein, es sind Menschen wie wir alle. Sie machen den Deutschen keinen Vorwurf und aus allen ihren Reden klingt der kameradschaftliche Geist heraus, von dem auch die Berner Konferenz beherzt war. Sie suchen die Schuld nicht nur auf deutscher Seite. Bern hat vielmehr einstimmig jeden Schuldigen protestiert. Die letzten Bewegungen in Frankreich und England zeigen uns, wie unsere Freunde dort arbeiten. Aber es ist auch nicht unbillig, wenn man von Deutschland verlangt, einzugehen, was es 1914 getan hat. (Zuruf: Das ist geschehen!) Nein, es ist nur zum Teil geschehen. Wieder wir uns endlich frei von den Ehrbrüsten der Bourgeoisie, die glaubt, man könne die kommenden

Rehler nicht eingestehen. Nur mit voller Wahrheit kann man seinem Volke dienen.

Die elsaß-lothringische Frage ist erledigt, wer an ihr rührt, macht die Franzosen rebellisch. Der elsaß-lothringische Landtag hat sich einstimmig für Frankreich entschieden. (Rufe: Vorher einstimmig für Deutschland!) Gleichwohl trete ich für die Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen ein, damit dieser Streit zwischen den beiden Völkern endgültig aus der Welt geschafft wird. Mit aller Schärfe müssen wir uns wenden gegen die

merkwürdige Politik der Kontinentalpolitik.

(Scheidemann: Neue Revisionisten! Heiterkeit.) Diese wollen eine Politik mit Frankreich und Russland gegen die angelsächsische Welt. Diese Politik ist völlig aussichtslos, verwerflich und dumm zugleich. Wie wenig kennen ihre Anhänger die Seele des französischen Volkes, das gar nicht der Verführte des perfiden Albions sein will. Man möge diese Art von Westfälischen-Rachhabellismus Herrn Bernhard und seiner „Vossischen Zeitung“ überlassen und nicht sozialdemokratische Organe damit verunzieren. (Sehr gut!) Daß gegen uns in der Welt Haß und Mißtrauen bestehen, ist kein Wunder. Wie haben Agenten des kaiserlichen Deutschlands im Ausland gearbeitet! (Zuruf: Und die andern Agenten bei uns!) Ich habe nur mit der deutschen Politik zu tun. Wir betreiben dieses ganze System. Wir wollen eine ehrliche und reine Politik der deutschen Republik, wir wollen uns gegenseitig helfen, wie wir es früher getan haben, am offenen Tage in klarer Sonne. Die deutsche Republik verbindet es sich aber auch, daß die Regierung eines andern Landes ihre Agenten zu uns schickt, um Unruhen zu säen. Unsere auswärtige Politik muß eine internationale Politik sein, dann wird sie ein Segen sein für unser Volk, für ganz Europa, für die Völker der ganzen Kulturwelt. (Teilweise Beifall und Heiterkeit.)

Ueber beide Vorträge wird gemeinsam diskutiert.

Scholz-Berlin:

In dem jetzigen Augenblick vor der Vollendung des Versailler Friedens dürfte eine solche Rede nicht gehalten werden. (Sehr richtig!) Nicht nur auf deutscher Seite besteht eine Schuld am Kriege. Wir lehnen jede Verantwortung für die Sünden des alten Systems ab. (Stille Teilw. Beifall) Ich habe schon auf dem Parteitag gesagt, es hätte ihn nicht zum Vertreter gewählt. (Sehr richtig!) Man denke nur an die Rückwirkung der Bernsteinschen Rede auf die Franzosen! Unsere Regierung erklärt die Friedensbedingungen für unannehmbar, Bernstein aber sagt, neun Zehntel der Bedingungen seien berechtigt. (Hört, hört!) So etwas dürfte nicht gesagt werden. (Lebhaft Zustimmung.) Wir haben gar keine Veranlassung, Bernstein zu unterstützen. Wir Berliner lehnen auch das Treiben der aktivistischen Sondergruppe mit aller Entschiedenheit ab. Wir wollen auch mit England in Frieden leben. England ist viel zu sehr ein großer Kaufmann, als daß es auf die Dauer die deutsche Arbeiterschaft von dem Weltmarkt ausschließen würde. (Zustimmung.)

Otto Braun:

Bernstein hätte mehr Zurückhaltung üben sollen, er, von dem man nicht weiß, ob er nicht mit beiden Füßen in der Partei, oder mit einem Fuß noch bei den Unabhängigen steht. (Sehr richtig!) Von ihm war es gerade nicht sehr taktvoll, gegen die Kriegspolitik der Partei zu sprechen, denn er ist begeistert für die Kriegskredite eingetreten, solange Ostpreußen von den Russen besetzt war. Erst nach der Befreiung Ostpreußens ist er zu der Gegenseite übergegangen. (Hört, hört!) Das ist bezeichnend für seine ganze Politik. Wie kann man die östlichen Teile unseres Landes den Polen auf Grund eines historischen Rechts zusprechen, obwohl diese Gebiete wie Oberschlesien, Pommern und Memel niemals zu Polen gehört haben? (Sehr richtig!) Bernstein findet sich eben in seinem eigenen Vaterlande nicht mehr zurecht. (Heiterkeit.) Es gibt kein historisches Recht, das wir anerkennen müßten. Würden wir das historische Recht anerkennen, dann müßten wir auch das deutsche Recht auf Elsaß-Lothringen betonen. (Sehr richtig!) und Zurufe: Zugrund!) Bernstein hat nicht viel gesagt, was richtig ist. Er ist im Halbdritten stehen geblieben und hat immer nur von der deutschen Schuld gesprochen, als ob auf der anderen Seite Engel sähen. Weil wir niemals der Auffassung Bernsteins waren, daß drüben die passivistischen Länder die Oberhand hätten, sondern weil wir wußten, daß dort drüben genau so der raubgierige Imperialismus herrscht wie bei uns vor der Revolution, deshalb haben wir während des Krieges alles getan, um die Niederlage von unserm Volk fernzuhalten. Und wenn Bernstein jetzt sagt, daß neun Zehntel der Versailler Bedingungen berechtigt wären, so kann man diese Behauptung nicht scharf genug zurückweisen. Selbst wenn Bernstein in seiner Selbstfremdheit dieser Auffassung ist, hätte er sie in diesem Augenblick nicht sagen dürfen. (Stürmischer Beifall.) Mit dieser Erklärung hat er nicht nur dem deutschen Volk

einen schlechten Dienst

geleistet, sondern vor allem auch unsern Genossen in Frankreich und England, die unter der Faust Clemenceaus schwächen und alles daran setzen, um den Erdrosselungsfrieden zu Fall zu bringen. Wie sollen sie rücksichtslos gegen ihren Imperialismus kämpfen, wenn Bernstein hier sagt, daß neun Zehntel der Friedensbedingungen berechtigt wären. (Lebhaft Zustimmung.) Zuruf: Es ist ein Unglück, daß der Mann hier so gesprochen hat.) Unsere Feinde wissen ganz genau, daß der Nationalismus und Imperialismus bei uns niedergebunden sind. Sie wollen mit ihren Bedingungen den wirtschaftlichen Aufbau verhindern, weil sie von diesem Wiederaufbau die Durchführung der Sozialisierung befürchten. (Sehr richtig!) Bernstein hat in seiner Rede ungenau, aber tatsächlich den Reichstagen in den andern Ländern in die Hände gearbeitet. Wir müssen mit aller Deutlichkeit hier zum Ausdruck bringen, daß Bernstein nicht nur in unserm Volke, sondern auch in der Partei ein Eindringling ist. (Lebhafter Beifall.)

Rebner schloß: Die Rede Scheidemanns war erfreulich mit ihrer eindeutigen Kundgebung für den Rechtsfrieden. Vor allem hat Bedeutung das Wort, daß wir auch dann für den

Wiederaufbau Belgiens und Nordfrankreichs

eingetreten wären, wenn die Feinde keine Angel mehr im Laufe hätten. Hätten wir doch diese klare Stellung noch während des Krieges eingenommen! Die Demokratie muß auf allen Gebieten durchgeführt werden, nicht zuletzt auf dem militärischen. Die Fülle Regel und Karol geben zu denken. Bei der Demokratisierung unseres ganzen öffentlichen Lebens haben wir nicht mit Widerständen von links, sondern nur mit Widerständen von rechts gerechnet. Die Regierung wird hierbei die Arbeiterschaft geschlossen hinter sich haben. Die Arbeiter verlangen nun aber auch, daß die Regierung sie nicht verrät und sie nicht im Stich läßt. Wir sind nicht in erster Linie Demokraten, sondern Sozialisten.

Wolff Braun-Rürnberg:

Die Rede Bernsteins war über alle Maßen unzeitgemäß und geeignet, die Stellung unserer Unterhändler in Versailles zu erschweren. Sie ist nur zu verstehen, wenn man weiß, daß Bernstein von praktischer Politik nichts versteht. (Widerspruch Bernstein.) Sie müssen mir schon gestatten zu hören, was mir über Ihre Politik denken. Das ist eine sozialistische Methode,

die wir nicht mitmachen. Keine Rede auf diesem Parteitag berührt die Interessen unseres Volkes so wenig wie diese unerhörte Rede Bernsteins. (Lebhaft Zustimmung.) Wir protestieren in Versailles gegen die Friedensbedingungen, und Bernstein bringt es fertig, uns als die allein Schuldigen hinzustellen. Dabei sollten gerade wir als Sozialisten wissen, daß die

Schuld am Kriege nicht an einzelnen Personen

liegt. Infolge dieser unerhörten Rede wird der Parteitag mit einer ganz unzeitgemäßen Debatte belastet. Wir sollten jetzt nicht mehr sprechen über die alten Kamenken von 1914, sondern über die Not von 1919. (Weiskamm.) Er gibt keine deutsche Regierung, die die Bedingungen von Versailles durchzuführen könnte, und wenn Wert, Scheidemann und die Nationalversammlung diesen Frieden gleichwohl annehmen würden, so würden die hungernden Frauen ihnen mit Recht die Verantwortung für das weitere Massensterben zuschreiben. Wenn wir aber nicht unterschreiben, wenn wir mit einer gewissen heroischen Geistes jede Verantwortung für den Frieden ablehnen, werden Lloyd George und Wilson eine solche Politik verstehen, welche es ihnen überläßt, eine deutsche Regierung zur Unterdrückung zu suchen.

Hermann Müller (vom Parteivorstand):

Bernstein hat sich als schlechter Politiker erwiesen. Er mag von den besten Absichten befeelt gewesen sein. Man kann nur einmal nicht alles unter dem Gesichtspunkt des Kabinetts von Rintz behandeln. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Ich habe nicht geglaubt, daß seine Rede so gefährlich sein würde. Wollte er richtig handeln, so hätte er die Entschließung der Internationalen in Bern herausfinden müssen. Er und er hat den

Friedensvertrag als Schurkerrei

bezeichnet. Wir denken nicht daran, neun Zehntel einer Schurkerrei als Recht anzuerkennen. (Sehr gut!) Weiskamm und Viehnacht haben zwar gegen die Annexion Elsaß-Lothringens protestiert, aber später die elsaß-lothringische Frage nicht mehr anerkannt. Daran haben wir uns gehalten, aber wir wollen wegen Elsaß-Lothringen keinesfalls einen neuen Krieg, wie wir überhaupt in aller Zukunft keinen Krieg wollen. Mit der Fremdenpolitik hat die Partei offiziell niemals etwas zu tun gehabt. Ich habe schon auf dem Parteitag gesagt, das höchste, was wir für sie durchsetzen könnten, würde sein, daß sie nach Abschluß des Friedens nicht hingeküchelt würden, wie das Bismarck im Jahre 1866 für die schädlichen Nationalisten erreicht hat. Die wirtschaftliche Lage Frankreichs ist furchtbar. Für die Reparationen ohne Kriegsnotwendigkeit wird uns noch manche überfordernde Rechnung präsentiert werden. Die Schuldigen an diesem Schicksal, den das deutsche Volk zu zahlen hat, müssen vor den Staatsgerichtshof. An dem Zustande kommen des Völkerverbundes haben wir großes Interesse, aber was uns jetzt präsentiert wird, ist schamloser Dummzug. Erst durch die Internationalen der Arbeiter kann dieser Wund von Kabinetsiten ein Völkerverbund werden. Dazu brauchen wir die Hilfe der Genossen anderer Länder. Mit diesen haben wir in Bern durchaus freundschaftlich verhandelt, außer mit dem rechten Flügel der französischen Sozialisten. Aber sie werden inzwischen noch auch vernünftiger und stiller werden. Wer

von dem Druck der Internationalen verspürt man nicht viel.

Unsere Kriegspolitik war im wesentlichen richtig. Wir wußten eben, daß wir als Besiegene fürchterliches zu erwarten hatten, und das hat bei Versailles bewiesen. Unsere Politik war auf einen unentschiedenen Krieg eingestellt. Jedenfalls ständen wir zu unserem Lande, und daran werden wir in künftigen Kämpfen gegen die bürgerlichen Parteien noch oft erinnern müssen. Die Zustimmung zum Frieden von Versailles wurde mit einer Erime Mehrheit beschlossen. Scheidemann ist für die Ablehnung des Friedens eingetreten. Vielleicht haben wir in manchen Punkten gefehlt, aber auf uns lastete während des Krieges eine ungeheure Verantwortung. Ich habe im Parteivorstand noch mit den Allen zusammen gearbeitet. Wer die Aufgabe, die wir zu lösen hatten, ist ihnen erspart geblieben. Die Geschichte wird einmal das Urteil fällen, daß wir Epigonen uns der Arbeit der Alten würdig erwiesen haben. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Franz-Obereschleien: Hätten wir auf dem Parteitag alle das Verantwortungsgefühl, zu dem wir anfangs aufgefordert worden sind, so wäre manches Wort hier ungeprochen geblieben. Bernstein ist nicht zum Richter über die Partei berufen. Er hat selbst unbestimmend geredet. (Wieslachs Sehr richtig!) Neun Zehntel des Versailler Entwurfes sollen recht sein. (Bernstein: Das ist eine Lüge, das habe ich nicht gesagt.) Wenn neun Zehntel davon notwendig sein sollen, dann ist es notwendig, daß wir Frauen und Kinder jahrelang leiden, weil die Männer Krieg geführt haben? Bernstein soll einmal nach Obereschleien kommen, nicht ein Proletariat will an Kongressen. Wir würden dabei alles verlieren und der Unkultur ausgeliefert werden. Wir erheben kommenden Protest gegen diesen Friedensvertrag, damit er nie zur Durchführung kommt. (Stürmischer Beifall.)

Goshen-Ruß: Scheidemanns Erklärung wird jedermann unterschreiben. Aber die Schwierigkeit liegt in der praktischen Anwendung. Unser Fehler war nicht die Kriegskreditbewilligung u. g., sondern die Teilnahme an der Verschlagung Russlands. Eine Verständigung mit England wäre nur möglich gewesen durch die russische Hindernisse. Die Verschlagung Russlands erfolgte unter dem Protest der deutschen Sozialisten. Dabei läßt sich die Selbständigkeit kleiner Völker nur in einem gemeinschaftlichen Wirtschaftsbereich ermöglichen. Bernsteins Bemerkungen über die Berechtigung der Ententeforderungen waren berechtigt und sachlich falsch.

Was wir der Entente angedrungen haben, ist das äußerste, was möglich ist. Der unabhängige Sachverständige Professor Volloh hat den wirklichen Gesamtschaden der Entente viel niedriger berechnet. Vor der Niederlage hätte uns nur die Kontinentalpolitik retten können.

Der Weg der Verständigung mit England geht nur über Europa. Jetzt sagt man uns, durch sachliche und nüchterne Verhandlungen werden die Bedingungen milder. Warum hat man das nicht schon früher versucht, statt die Segner durch Erzbergers Reden zu reizen. (Ereuzelter Beifall.)

Krauer-Conneberg: Bernstein ist mit seiner Rede den französischen und englischen Proletariaten in den Rücken gefallen. Wer die Vorgeschichte des Weltkrieges in größerem Rahmen betrachtet, kann unmöglich von Deutschlands Alleinschuld sprechen. Mit Scheidemann wünschte ich für unsere Genossen im Lande Bekanntheit. Auch im Interesse der Einigkeit dürfen sie unsere Grundzüge nicht verleugnen.

Davids: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist niemals für die Verschlagung Russlands eingetreten, wohl aber für das schließliche demokratische Selbstbestimmungsrecht der Randvölker. Ueber ihr Schicksal hat weder Deutschland noch Groß-Russland zu entscheiden, sondern nur der Wille der Völker. Cohen versucht sie mit Gewalt bei Russland zu halten. Das ist nicht nur unpraktisch und ungerecht, sondern steht im Widerspruch zu allen sozialistischen Grundzügen. Cohen wollte die Selbstbestimmungsbestimmung der Polen, die von unseren eigenen Genossen erreicht wurde, niederschlagen und Polen dem Militarismus ausliefern. (Hört, hört!) Cohen hat der Fraktion gesagt, man solle ihm mit der

Strafe vom Selbstbestimmungsrecht der Völker

vom Daise weiben. Eine solche Politik haben wir ebenso

mitgemacht wie die gewaltsame Zerstückelungspolitik, die in Preß-
Litoms gegen Rußland getrieben wurde.

Cohen's Rußlandpolitik war eine Politik der Illusion und des
Wahnsinns.

(Beifall.) Die Erde gegen Erzberger kann ich nicht mitmachen,
weil ich ihn genau kenne und weiß, mit welcher Energie und mit
welchem tatsächlichen Geschick er die ungeheuer schwierigen
Waffenstillstandsverhandlungen geführt hat. Cohen ist auch hier
reiner Illusionär. Dabei sind die französischen Imperialisten und
Idealisten unsere Feinde und erstreben die Zerstückelung und
vollständige Wiederbesetzung Deutschlands. Seit Monaten unter-
suchen sie alle Absplitterungsbestrebungen und gehen darauf aus,
Deutschland rücksichtslos zu zerleinern und zu zertrümmern.
(Sehr laut.) Cohen gehörte zu den Leuten, die

mit Georg Bernbard für den rücksichtslosen U-Boot-Krieg
Stimmung gemacht

haben. Als er damit in die Fraktion kam, ist er böse abgefallen.
Wir haben ihm sofort die Vertretung der Partei in Auslands-
fragen entzogen. Dann ist er in die „Sächsische Zeitung“ geflüchtet,
wo ja noch mehr solcher gekränkter Feder wärste sitzen.
(Große Beifall und Weifall.)

Die Theorie von Deutschlands Alleinschuld ist nicht wahr.

Sie verteilt nicht nur die Protestpolitik der französischen und eng-
lischen Sozialisten, sondern steht auch in scharfem Gegensatz
zu dem Willen von Jaurès und seinem Tode. (Sehr gut.)
Jaurès wurde ermordet, weil er erklärte hatte, daß die höchste
Gefahr bei Rußland war und von Frankreich forderte, daß
es mit der russischen Regierung energisch spreche. Das hat Marcel
Cachin in der „Humanité“ vom 1. August 1914 ganz eingehend
dargestellt. Unsere Kriegspolitik war auf Verzögerung, auf
der Grundlage allseitiger territorialer Unverschiebung und wirt-
schaftlicher Gleichberechtigung aufgebaut. Der jegliche Streik der
französischen Arbeiter entsprang ihren Interessen, nicht inter-
nationalen Motiven. (Zuruf: Sie streifen nicht zugunsten Deutsch-
lands.) Gewiß haben sie auch internationale Gefühle und Ziele.
Aber der Ausschluß der Gewerkschaften von der Friedenskonferenz,
die nichtachtende Abweisung der Berner Beschlüsse zeigt ihre
Ohnmacht.

Die englischen und französischen Sozialdemokraten erfahren nicht mal
den Wortlaut der Forderungen der Alliierten

und können dagegen nichts machen. Die Arbeiter der anderen
Länder müssen sich erst die Nachrichten erkämpfen, die wir in
Deutschland haben. Dann erst wird die Internationale die Be-
deutung bekommen, die sie haben muß, um die Menschheit glück-
licheren Zeiten entgegenzuführen. Vorläufig ist nur die deutsche
Sozialdemokratie Sachwalter der deutschen Arbeiter und
unserer deutschen Volksinteressen. Bernstein hat sich an ihm un-
verzüglich vergangen, als er neun Zehntel der Ententeforderungen
berechtigt nannte. (Bernstein: Habe ich nicht gesagt.) Ich wollte, er könnte
das Wort auslösen. Wolf Hoffmann hat vielen Vertrag
einen „Halsabschneidervertrag“ genannt. Unser Volk ist in höchster
Lebensgefahr.

die deutsche Arbeiterkultur ist vom Untergang bedroht.

Die deutsche Sozialdemokratie trägt das Schicksal des deutschen
Volkes. Das ist eine gewaltige Aufgabe, eine gewaltige Verant-
wortung, deren wir uns bei jedem Wort, bei jeder Tat bewußt
sein müssen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Zu einer Erklärung erhält das Wort Koste: Krähig hat mich
vor zwei Tagen in der Tat gefragt, was die deutschen Truppen in
Ostland und Westland machen, aber er hat ihnen nicht mitgeteilt,
daß ich ihm sofort erscheidend geantwortet habe. (Hört! hört!)
Die Sachlage ist durch wiederholte Erklärungen der Reichsregierung
klar gestellt. Entgegen der Entente lassen wir uns nicht zwingen,
unsere Truppen in Ostland und Ostland zu lassen. (Sehr gut!) Der
befohlene Abtransport geht technisch langsam vor sich, aber zwei
Divisionen sind schon zurückgezogen.

Nirgends sehen deutsche Truppen mit Eisen, Ketten oder Blauern
im Kampf.

(Beifall.) Eine Anzahl deutscher Freiwilliger hat gekündigt und ist
in die baltische Landeswehr eingetreten und läßt sich durch das
Verprechen von Handgeldern halten. Dagegen können wir
nichts tun, aber wir haben die Leute darauf aufmerksam gemacht,
daß sie damit ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren und jeden
Anspruch auf deutsche Unterstützung verlieren. Die in der Anfrage
Dobitsch-Ragenstein-Kräbig aufgestellten Behauptungen sind also
vollständig un wahr. (Hört! hört! und starker Beifall.)
Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Schlich-Breslau: Ich habe die Debatte über die auswärtige
Politik für ungewöhnlich in diesem Augenblicke gehalten und des-
halb dagegen gestimmt. Bernsteins Rede hat uns vollumfänglich
gegeben. Ob gerade er das Recht hat, Erzberger Wandlungsfähig-
keit vorzuwerfen, mag dahinstehen. Daß er als alter schlesischer
Abgeordneter große Teile des schlesischen Volkes ohne jeden Grund
preisgeben will, hat uns besonders geschmerzt. Scheidemann hat
mit Recht ermahnt,

wachsam gegen die Gegenrevolution zu sein.

Es ist ein Unglück für uns, daß wir Regierungs-
partei geworden sind. Aber nun müssen wir auch regieren.
Robert Schmidt hat neulich damit gedroht, alle Landräte hinauszu-
werfen. Warum geschieht das nicht? Keine sollte Parteigenossen
in sein Ministerium nehmen. Wir brauchen Taten, damit wir vor-
wärts kommen. (Beifall.)

Franz Voss-Stuttgart: Dies sollte der Parteitag der Verant-
wortung sein. Aber wie unverantwortlich hat Bernstein gesprochen.
Verantwortungsgefühle befehlen unsere Führer am 4. August, als
wir die Kriegskredite bewilligten. Sie sollten das Land vor dem
feindlichen Einfall schützen, das Land vor den Schrecken des Krieges
bewahren. Wir wollen wieder gut machen, was wir nur leisten
können, aber

nicht die Strafgefangenen der ganzen Welt sein.

Die Bewilligung von neun Zehntel der feindlichen Forderungen
bedeutet dauernd Hunger, Arbeitslosigkeit und Mangel. Ein
solcher Friede müßte dauernd Anarchie in der ganzen Welt zur
Folge haben.

Kummer-Weipzig: Auf Grund 20-jährigen Kustentums im Aus-
lande kann ich sagen, daß wir früher
das Ausland viel zu sehr gelobt und Deutschland ungerecht herab-
gesetzt

haben. Wir, die Partei der Internationalen, hatten keine richtige
internationale Politik. Wir müssen, wollen wir in Zu-
kunft besser bestehen, das Ausland viel besser studieren und kennen
lernen. Wir brauchen vor allem gut bezahlte Korrespondenten
im Ausland. Und steht bevor der große deutsche Krieg gegen den
Kapitalismus der ganzen Welt. Wir müssen noch einmal gegen
diese ganze Welt kämpfen mit besseren Waffen und auf besserem
Wege, und nur, wenn wir wirklich eine deutsche Außenpolitik
treiben, werden wir siegen für den Sozialismus.

Es ist folgende Resolution zur auswärtigen Po-
litik eingegangen:

Der Parteitag spricht seine Entrüstung aus über die Zu-
sammensetzung der Entente, die dem deutschen Volke einen Weltfrieden
aufzwingen, der die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des
deutschen Volkes unterbindet und das politische Dasein Deutschlands
unmöglich macht. Die Friedensvorschlüsse erklärt der Parteitag für
unvereinbar mit der Grundlage der Wilson'schen Friedensbedingungen.

Sie sind ebenso unvereinbar mit den Richtlinien der inter-
nationalen Beschlüsse und Konferenzen in Bern und Amsterdam.
Insbesondere stellt er sich rücksichtslos auf den Boden der Beschlüsse
der internationalen sozialistischen Konferenz in Bern vom Februar
1910. Er begrüßt diesen Tag und den Geist, den er ausstrahlt hat,
als ein hoch erhellendes Zeichen der Wiederanknüpfung der vorüber-
gehend zerrissenen Beziehungen der Parteien des sozialistischen

Proletariats und der Ermöglichung gemeinsamer Aktionen der
sozialistischen Parteien für die großen Interessen des Völker-
friedens und des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. In
Bezug auf die allgemeinen Ursachen des Weltkrieges haben die
Sozialisten der Länder der Entente schon im Jahre 1910
folgende Erklärung vereinbart: Die Konferenz denkt nicht daran,
die allgemeinen und tiefen Ursachen des europäischen Konflikts
zu verkennen, der das ungeheure Produkt ist der Gegenläufe,
welche die kapitalistische Gesellschaft zerreißt, sowie der agitativen
kolonialen und imperialistischen Politik, die der internationale So-
zialismus nie unterlassen hat zu bekämpfen und an der alle Re-
gierungen ihr Teil der Verantwortung haben. In Bezug auf die
Herstellung der persönlichen Verantwortung zum Ausdruck des
Krieges und Erhaltung der Kriegursachen fordert der Parteitag
von der Regierung rücksichtsloses Vorgehen. Der Parteitag spricht
die bestimmte Erwartung aus, daß Deutschlands Erklärung, die
Bedingungen des Völkerbundes zu unterzeichnen, für voll-
wertig angenommen, die deutsche Republik gleichbedeutend mit den
übrigen Nationen als

gleichberechtigtes Mitglied in den Bund der Völker aufgenommen
und bei der Festsetzung der Grenzen das Selbstbestimmungs-
recht der Völker gewahrt wird. Die deutsche Sozialdemokratie
ruft die Internationale auf zum Protest gegen den unerhör-
testen Gewaltfrieden der modernen Geschichte.

Reit-Stuttgart: Man kann nicht scharf und nachdrücklich genug
Einspruch erheben gegen die dummen und gemeinschädlichen Worte
Bernsteins. Vom Raub der Kolonien, der deutschen Volksteile im
Osten, der Funktionäre, der Handelschiffe — welche neun
Zehntel sind denn davon berechtigt? — davon sind zehn Zehntel
unberechtigt. (Sehr gut.) Zur Laßt in Kriege und zum Ruß-
land links bedenken Sie nur, daß die Stimmungen wechseln. Manche
Kommunisten sind schon wieder über die Unabhängigen hinaus zu
den Alldeutschen und Nationalisten zurückgekehrt. (Beifall.)

Die Behandlung der Schulfrage als ein Problem
der persönlichen Schuld ist unrichtig.

Die Kontinentalpolitik ist eine fixe Idee. Mit besonderer
Leidenschaft erheben wir den Vorwurf der Brüder aus
Österreich. Ihre Selbständigkeit, von der der Friedensent-
wurf spricht, muß das Recht zum Anschluß in sich fassen. Wir
hoffen, daß die deutschösterreichischen Brüder bald mit uns vereint
in der deutschen Republik leben als Mitkämpfer des internatio-
nalen Sozialismus. (Stürmischer Beifall.)

Doch-Danau: Sie sind Bernstein auch noch nicht gerecht ge-
worden. Ihn treibt nur die Liebe für das deutsche Volk. Dafür
wirft er in der Internationalen, und der Internationalen bedeutet
er etwas und hat Ansehen. Er hat den Frieden von Ver-
sailles nicht als gerecht anerkannt, sondern nur betont, daß selbst
der mildeste Frieden, den wir hoffen können jetzt zu erlangen,
unverträglich sein wird und durch die Internationale gemindert
werden muß. In den andern Ländern ist ein Anschluß möglich.
(Sehr gut.) Wir müssen nur streng auf den Boden der inter-
nationalen sozialistischen Grundsätze treten. (Sehr gut.) Die
Regierung darf nicht veräumen, sofort nach Friedensschluß alle
Schuldokumente zu veröffentlichen. (Zustimmung bei der
Regierung.) Die Fraktion hat beschlossen, daß dieser Friede nicht
unterzeichnet wird.

das Volk soll darüber abstimmen.

Wenn der Parteitag keine andere Stellung einnimmt, nehme ich
an, daß es bei der Entscheidung der Fraktion bleibt. Vor der
Vollstimmung brauchen wir rücksichtslose Ausführung über die
Gefahren des Nationalismus, dann wird die Zeit des
unabsehbaren Sturms vorübergehen und eine neue Ära unseres
Volkes herbeigeführt werden. (Beifall.)

Reichs-Ragdeburg beantragt Schluß der Debatte. Am besten
hätte man schon Vormittag nach Braun geschlossen, um deutlich zu
demonstrieren, daß der Parteitag die Deduktion Bernsteins
ablehnt.

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit ange-
nommen.

Von Ragenstein und vielen Genossen wird beantragt, zu dem
Antrag Braun-Löbe-Weis über die auswärtige Politik hinzu-
zufügen:

Der Parteitag wiederholt auch den von der Reichsregierung
gemachten Vorschlag zur Einsetzung eines unparteiischen
neutralen Gerichts über Ursache, Ausbruch und Führung des
Weltkrieges, dem alle Gewaltmittel vorzuziehen und alle An-
schuldigungen ohne Unterschied der Nation vorzuführen wären. Die
Auslieferung deutscher Reichsangehöriger an ein einseitig
von den Alliierten gebildetes Gericht lehnt der Parteitag als un-
gerecht und unbediente Kränkung des deutschen Volkes ab. Der
Parteitag protestiert gegen die ohne Befragung der Bevölke-
rung geplante Losreißung deutscher Gebiete in Ost und West, gegen
die Verfälschung des Selbstbestimmungsrechts im Norden
und Ost.

Verwahrung gegen die Verhinderung des Anschlusses
Deutschösterreichs

einschließlich der Sudetenländer und Südtirols an die deutsche
Republik ein. Der Parteitag protestiert endlich gegen die Er-
richtung einer Fremdherrschaft in Deutschland durch Einsetzung
von militärischen, oder sonstigen Behörden unter entscheidender
Mitwirkung fremder Regierungen.

Es folgen die Schlußworte.

Bernstein:

Ihr habt mich ja gründlich Spickstruten laufen lassen. (Zu-
ruf: Zu milde!) Niemals habe ich neun Zehntel der feindlichen
Friedensbedingungen als gerecht bezeichnet, ich habe nur gesagt,
daß die gegenwärtigen Machtverhältnisse es notwendig machen
können, neun Zehntel davon anzunehmen. (Lachen und Wider-
spruch.) Seit dem 9. November habe ich geraten, die Streitfrage zu
begraden und einzig zusammenzufassen, damit wir möglichst
günstige Friedensbedingungen erlangen. (Beifall.)
Deshalb habe ich es bedauert, daß der Strich gegen das alle
Schweigen nicht nach deutscher gezogen worden ist. Nie habe ich von
einer Schuld des deutschen Volkes gesprochen, immer nur von
einer Schuld derer, die das deutsche Volk belogen und betrogen
haben. Als ich gefragt wurde, ob Deutschland unterzeichnen wird,
habe ich geantwortet, wenn es eine Spur freien Sinnes hat, dann
nicht. (Sehr gut.)

Die Internationale ist im Augenblick ohnmächtig.

Ich weiß nicht, wie die Regierung einschneiden
wird, ich will ihr nicht vorgreifen, weil die Entscheidung furchtbar
schwer ist. Ich warne nur vor Hasardspiel und mache zu
ruhiger Überlegung dessen, was nachher kommt. Wir müssen so
entscheiden, daß wir vor den Sozialisten und der Demokratie aller
Länder ohne Tadel bestehen können, und die Interessen des deu-
tschen Volkes voll wahrnehmen. (Beifall.)

Scheidemann:

Nach Schluß dieser Debatte werden Sie noch besser als vorher
verstehen, warum ich über die Fragen der auswärtigen Politik
nur ganz kurz gesprochen habe. Von jetzt doch immer besser zu
wenig als zu viel. (Beifall.) Bernstein hat seine Versicherung nicht
so gemeint, wie sie unglücklicherweise überliefert worden ist.
Er hat einen Unfall erlitten, der keinen erpart bleibt, der ein ge-
sundes Prinzip ins Namöbliche überführt. So unglücklich seine Ver-
merkung war, so sehr schade ist die Stimmung, aus der sie hervor-
ging. Ich möchte wünschen, daß die Entente-sozialisten eine Spur
dieser Stimmung hätten, dann hätten wir für unsere Haltung
während des Krieges kein Wort des Vorwurfs von dort gedrückt,
denn sie war nur diktiert von dem Wunsch, unser Volk nicht zu
Vorden treten zu lassen, aber während Bernstein übergerichtet ist,
selbst gegen die ausländischen Imperialisten, finden wir keinerlei
Gerechtigkeit selbst bei den ausländischen Genossen. In diesem
Sinn möchte ich das Ausland bitten, über den Fall Bernstein
nachzudenken und aus ihm zu lernen.

Kontinental-Politiker sind stets sehr harmlos, außer wenn sie
unter sich sind.

Sie sammeln sich um Georg Bernbard, der durch seine nahe Ver-

wandtschaft zu Reben-Tow den Namen Reben-Tow erhielt. In
diesem Kreis geben sich sämtliche U-Boot-Helden zu Lande
ein Stelldichein. (Stürmische Heiterkeit.) Cohen war nicht nur
einer der mühsamsten U-Boot-Matrosen, er ist während der schwie-
rigsten Zeit in die Reichskanzlei gelaufen und hat dort er-
gählt, daß

die preussischen Arbeiter auch mit einem Pluralwahlrecht zu-
frieden sein würden.

(Große Bewegung.) Das ist der neue sozialistische Aktivismus.
Von alledem ist keine Rede bei uns. Wir wollen keine diploma-
tische Vorbereitung des zweiten punischen Krieges. Wir haben am
ersten genug. Wir wollen eine Verständigung mit den Ar-
beitern Frankreichs, Polens und Rußlands, aber vor allem die Ver-
ständigung mit den englischen und amerikanischen Arbeitern.

Wir wollen keine kontinental-europäische Politik.

Nichts ist unsozialistischer als sie. Wir wollen eine inter-
nationale sozialistische Politik und als ihre Voraus-
setzung das gleiche Recht des deutschen Volkes mit allen andern
Völkern der Welt. Dieser Kampf ist noch nicht zu Ende,
deshalb, Genossen, haltet euch bereit! (Stürmischer, langanhaltender
Beifall.)

Personlich bemerkt Cohen-Reuß: Ich habe niemals gesagt, daß
die Arbeiter mit dem Pluralwahlrecht zufrieden wären. Ich habe
nur gesagt, es wäre vom Standpunkt der Regierung das Richtige,
wenn sie eine Änderung des preussischen Wahlrechts in die
Hand nehmen würde und nicht wartet, bis die Arbeiter es sich
holten. (Unruhe.) Den U-Boot-Krieg hat die Partei nicht aus
moralischen, sondern aus politischen Gründen abgelehnt. Ich weise
auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker allerdings, wenn das
Selbstbestimmungsrecht des Volkes dabei zum Teufel geht. (Große
Unruhe.)

Scheidemann:

Als Cohen Ebert und mir über seinen Besuch in der Reichs-
kanzlei berichtete, haben wir
an und halten müssen, um ihn nicht hinauszuschmeißen.

Wir haben seine Mitteilungen sofort aufgezeichnet. Es war am
3. 10. 1918, mittags zwischen 2 und 3 Uhr, als Cohen zu uns kam
und sagte: Ihr dürft es mir nicht übernehmen, wenn ich euch in
die Politik hineinziehe. (Zuruf: Das ist seine Spezialität.) Jetzt
hat jeder das Recht, am politischen Fortschritt mitzuarbeiten. Durch
meine Familienbeziehungen zum Staatssekretär Solf
erinnerte ich an unsere Kreditbewilligung, er erwiderte,
wir wollten doch damit nicht Handel treiben. Weder der Kanzler,
noch er hielten das Reichstagswahlrecht für Preußen richtig. Cohen
erwiderte, daß verpöche er durchaus, aber

auch ein anständiges Pluralwahlrecht werde die Arbeiter
zufriedenstellen.

(Große Bewegung.) Die deutsche Arbeiterschaft sollte es sich nicht
gefallen lassen, daß solche Leute hinter den Kulissen Politik treiben
und jetzt als große Regeneratoren der sozialdemokratischen Partei
auftreten. Wir brauchen Einigkeit und höchste Entschlossenheit,
nicht die Zweideutigkeit und Kulissenschieberei der Cohen und Kon-
forten. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Dr. David: Als die Entscheidung über den U-Bootkrieg fiel,
war die politische Voraussetzung der Rückendeckung im Osten nicht
gegeben, und Cohen trat doch in der Fraktion dafür ein. (Hört,
hört!)

Cohen: David hat jetzt viel von dem aufrecht erhalten, was er
zuerst gesagt hat. (Zuruf: Ihr Wiederbelebungsversuch ist erfolg-
los. Große Heiterkeit.) Scheidemanns Niederschrift war kein
besseres Mittel. Besonders gemein war es, daß er sie sich ohne mein
Wissen von Wahnsschaffs besitzigen ließ. Wie unrichtig die Nieder-
schrift ist, geht daraus hervor, daß von Familienbeziehungen ge-
sprochen wird, während ich nur von persönlichen Beziehungen ge-
sprochen habe.

Scheidemann: Infolge der ungeheuerlichen Wichtigkeit dieser
Angelegenheit mußte ich es niederschreiben. Wahnsschaffe ist es nur
gezeigt worden. Er hat nur bei späteren Gelegenheiten zu dem
gleichen Thema dieselben Worte gebraucht, die Cohen und berichtet
hatte. Die Niederschrift würde natürlich unter uns geliebt sein,
wenn Cohen sich nicht in aller Welt als Reformator der
Partei aufgepöbelt hätte. (Große anhaltende Bewegung. Ruf:
Zentralratsvorsitzender!)

Hierauf werden die Zusatzanträge Ragenstein mit großer
Mehrheit und die Gesamtvorschläge zur Friedensfrage einstimmig
angenommen. (Beifall.)

Es folgt die Fortsetzung der Aussprache über den Vor-
standsbericht.

Thiedemann-Düffelhof fordert besseres Aufklärungsmaterial
im Kampf gegen die Unabhängigen.

Wing-Dormund: Die militärischen Ausschreitungen sind
schon zu mißbilligen. Bei uns im Ruhrgebiet wollten die Berg-
arbeiter die Bergwerke sabotieren, um dann auf deren Trümmern
ihre Herrschaft zu errichten.

Stoll-Dümmrich: Weis hat sein Referat so sehr mit einem
nationalistischen Charakter belastet. Wir vermissen wirk-
liche Wut zur Freiheit. Das Tempo muß schneller werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Weis erhält das
Schlußwort. Die Tatkraft des Vorstands ist nicht angefochten.
Die Einigung wollen wir alle, nur über den Weg sind wir ver-
schiedener Meinung. Die Einsetzung eines besonderen Ausschusses
für die Einigungsverhandlungen wären ein Votum
votum für den Parteivorstand. Die Freiwilligen-Korps
sind notwendig zum Schutze der Demokratie. Die Angriffe gegen
Heine sind zum größten Teil unbedeutend. Den Wünschen auf
schleunigste Demokratisierung wird die preussische Regierung gern
nachkommen. Alle wichtigen Posten nur mit Parteigenossen zu
besetzen, geht nicht an.

Die Organisation ist und bleibt unsere Kraft, unsere Stärke.

Gegen den Vorschlag, eine Abstimmung über die zum Bericht des
Parteivorstandes vorliegenden Anträge vorzunehmen, wird von
verschiedenen Seiten Widerspruch erhoben. Hierbei ent-
spricht sich eine lange und lebhafte Geschäftsordnungsdebatte, in
der die Anhänger des linken Flügel der Partei darüber Ver-
schärfe führen, in der Aussprache über eine sich gegen Regierung
und Parteivorstand wendende Entschließung nicht zu Worte
kommen zu sein. Sie drohen mit der Bildung einer beson-
deren Arbeitsgruppe auf dem Parteitag. (Große Unruhe.)

Der Vorsitzende Schuch: Von einer Verewaltung kann gar
keine Rede sein. Wir sind streng parlamentarisch verfahren. Die
Anträge auf dem Parteitag sind mit den parlamentarischen Ge-
bräuchen noch nicht genügend vertraut. (Allseitige Zustimmung.)

Der Delegierte Dr. Thiedemann-Jena, der alle bisherigen Ver-
handlungen andauernd durch linksradikale Zurufe geklärt hat, wird
von den Delegierten aus dem Saale gewiesen. Mit Mehrheit be-
schließt der Parteitag die Vertagung der Abstimmung auf Freitag.

Der Vorsitzende der Fraktion der Nationalversammlung,
Loebe, teilt mit, daß die Nationalversammlung am
Montag zusammenzutreten wird, um zu der Antwort der Entente
auf die deutschen Gegenwortschläge Stellung zu nehmen. Zu einer
wichtigen Vorbesprechung müßte die Fraktion am Sonntag zu-
sammenkommen. Wenn der Parteitag bis Sonntag mit seiner
Arbeit nicht fertig ist, müßte diese Sitzung in der Nacht vom
Sonntag zum Montag stattfinden.

Schluß: 7 Uhr.

Richtigstellung. In der gestrigen Morgenausgabe ist
eine Rede unter Kahl-Ludwigshafen aufgeführt. Der Redner war
Genosse Pfaff-Gummerbach.

In dem heutigen Nachmittagsbericht des Parteitages muß es
heißt sein: Kahl-Ludwigshafen; Kahl-Ludwigshafen Pfaff-Gummerbach.

Unseren Angestellten zur Aufklärung!

Im November 1918 haben wir, die im Verbands Berliner Bankleitungen vereinigten sieben Banken, veranlaßt durch den Allgemeinen Verband der Bankbeamten, uns zu Verhandlungen über den Abschluß eines Normalarbeits-Tarif-Vertrages bereit erklärt. Daß es nicht an uns lag, wenn diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, haben wir in unserer öffentlichen Erklärung vom 14. April 1919 ausführlich dargelegt. Trotzdem wurde unvermittelt und ohne jeden Anlaß der Abschluß des Vertrages Anfang April 1919 zu einer Streikforderung erklärt, obwohl wenige Wochen zuvor die meisten Banken ihren Angestellten erhebliche Aufbesserungen ihrer Bezüge und außerordentliche Wirtschaftshilfen bewilligt hatten.

Die Bedeutung der von den im Verband Berliner Bankleitungen zusammengeschlossenen sieben deutschen Großbanken übernommenen Lasten ergibt sich aus folgenden Ziffern

	1918	1917	also mehr
Geschäftskosten	192 Millionen Mark	132 Millionen Mark	60 Millionen Mark
Steuern	31 " " "	16 " " "	15 " " "

Soweit nach den Ziffern der ersten Monate des laufenden Jahres eine Schätzung möglich ist, haben die Banken unter Berücksichtigung der schon jetzt wesentlich erhöhten Steuern — die endgültige Steuerbelastung ist noch gar nicht abzusehen — im Jahre 1919 wiederum mit einer Vermehrung der Unkosten und Steuern von rund 70 Millionen Mark, also mit einer Gesamtspeisenbelastung von

rund 290 Millionen Mark

zu rechnen.

Dagegen belief sich der Betrag der für das Jahr 1918 an die Aktionäre verteilten Dividende auf

nur 103 Millionen Mark.

Die Forderung, daß ein immer größerer Teil des Unternehmerertrags der Arbeit und nicht dem Kapital zufallen soll, ist also auch im deutschen Bankgewerbe erfüllt. Schon seit Jahren wandern die in der Ausdehnung des Geschäftes der Banken begründeten Mehrgewinne ausschließlich in die Unkosten, ohne daß den Aktionären trotz bedeutender Vermehrung der Risiken ein Anteil an dem Geschäftsaufschwung zugefallen wäre.

Daß diese Entwicklung uns mit ernster Sorge für die Zukunft unserer Institute und unseres Wirtschaftslebens und damit für das Wohlergehen der vielen Tausende von Angestellten erfüllen muß, bedarf Fachleuten gegenüber — und zu solchen reden wir doch — kaum einer weiteren Erläuterung. Deshalb nur ein kurzer Hinweis! Wodurch wurden die Banken in den letzten Jahren zur Ertragung der so ungeheuer gestiegenen Lasten befähigt? Lediglich durch den Umstand, daß aus der Liquidation unserer Volkswirtschaft ihnen fremde Gelder in einem Ausmaße zufließen, das man früher für undenkbar gehalten hätte. Gegenüber den daraus sich ergebenden Gewinnen traten die Erträge aller sonstigen Geschäftszweige immer mehr in den Hintergrund, insbesondere wurde der gesunde geschäftliche Grundsatz, daß die Gebühreneinnahmen die Unkosten decken müssen, völlig verlassen. Längst waren wir uns darüber klar, daß mit dem Abbau der fremden Gelder, der über kurz oder lang unfehlbar kommen wird, unsere **Zinsgewinne eine starke Beeinträchtigung** erfahren müssen, ohne daß in anderen Geschäftszweigen ein Ausgleich dafür gefunden werden könnte. Angesichts der außerordentlich trüben Aussichten, die die Bestimmungen des Friedensvertrages unserem Wirtschaftsleben auf viele Jahre hinaus eröffnen, sind diese Befürchtungen mehr denn je begründet. Wir haben auch nicht die Möglichkeit, die steigenden Lasten abzuwälzen, wie Staat und Gemeinde durch Steuererhöhungen, Bahnen durch Tarifierhöhungen und Handel und Industrie durch Erhöhung der Warenpreise. Uns nützt eine Erhöhung unserer Bedingungen wenig, namentlich dann, wenn das Geschäft nicht geht. Nur die Entwicklung und Ausdehnung des Geschäftes allein gestattete uns bisher die Uebernahme der ungeheuren Lasten.

Unsere Angestellten, wenn sie ihr Interesse richtig verstehen, müssen deshalb mit uns darin übereinstimmen,

Berlin, den 12. Juni 1919.

Bank für Handel und Industrie. Commerz- und Disconto-Bank. Deutsche Bank. Direktion der Disconto-Gesellschaft. Dresdner Bank. Mitteldeutsche Creditbank. Nationalbank für Deutschland.

daß wir beim Abschluß eines Normal-Arbeitsvertrages keine Verpflichtungen eingehen können, deren Erfüllung außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt, daß wir keine Belastungen auf uns nehmen können, die Rente und dadurch Ansehen und Geschäftsmöglichkeiten unserer Banken aufs äußerste gefährden müssen,

daß wir großen Wert darauf legen müssen, daß die sichere Stellung, die wir unseren Angestellten im Laufe der Jahre geschaffen haben, auch im Wandel der Zeiten nicht erschüttert wird.

Die uns vorgelegten Forderungen der Angestellten-Organisationen tragen diesen Gesichtspunkten aber keine Rechnung. Sie sind geeignet, Bankleitungen und Bankangestellte mit den schlimmsten Befürchtungen für ihre Zukunft zu erfüllen.

Wir erkennen selbstverständlich die Forderung als berechtigt an, daß jeder Angestellte vom Beginn seiner geschäftlichen Laufbahn, in der Regel vom zwanzigsten Lebensjahr an, ein auskömmliches Existenzminimum haben muß. Wir sind deshalb bereit, für diesen Zeitpunkt ein entsprechendes Mindest-Gesamteinkommen zu gewähren und dieses im Verlauf von etwa 10 Jahren durch regelmäßige jährliche Zulagen auf eine Höhe zu bringen, die die Begründung eines eigenen Hausstandes ermöglicht. Darüber hinaus können wir aber Mindesteinkommen bis zu dem 50. Lebensjahre nur für Kassenboten und Stelchgestellte (Wächter, Pförtner, Hauspersonal) zusagen, weil hier in der Hauptsache gleichgeartete Handarbeit zu leisten ist. Bei den übrigen, überwiegend oder völlig geistig arbeitenden Angestellten muß aber jeder seines Glückes Schmied selber bleiben, d. h. sein Arbeitseinkommen muß nach diesem Zeitpunkte wieder Gegenstand freier Vereinbarung werden. Der Tüchtige und Fleißige wird alsdann wie bisher schneller vorwärts kommen als derjenige, der diese Eigenschaften vermissen läßt.

Im Gegensatz dazu verlangt man von uns regelmäßige jährliche Steigerungen des Einkommens bis zu außerordentlich hohen Beträgen im fünfzigsten Lebensjahre, ohne Rücksicht auf Kenntnisse, Fähigkeiten und Leistungen.

Wir sehen uns außerstande, diese Forderungen zu erfüllen,

weil sie mit dem ganzen Wesen der Tarif-Idee in Widerspruch steht und deshalb auch von einer Mehrzahl der Angestellten aller Erwerbszweige abgelehnt wird,

weil damit eine Prämie auf die Untüchtigkeit und Lässigkeit gesetzt und weil jeder Anreiz, durch Erweiterung der Kenntnisse und Steigerung der Leistungen die wirtschaftliche Lage zu verbessern, ertötet wird,

weil dadurch die Entwicklungsmöglichkeit unserer Institute, die ebenso auf der Umsicht der Leitungen wie der Strebsamkeit der Beamten beruht, unterbunden wird,

weil sie naturgemäß unsere tüchtigen Mitarbeiter aufs äußerste erbittern und von ihnen als schweres Unrecht empfunden werden muß,

weil sie uns zwingt, in größtem Umfange künftig allen denjenigen zu kündigen, deren Leistungen nicht im Einklang mit ihrer Bezahlung stehen, und weil dadurch eine große Unsicherheit, ja soziales Elend in die Kreise unserer Angestellten hineingetragen werden,

weil sie es uns unmöglich macht, Angestellte in höheren Lebensaltern, die ohne ihre Schuld stellungslos geworden sind, einzustellen und ihnen damit wieder zu einem Erwerb zu verhelfen,

weil sie uns Lasten aufbürdet, deren Tragweite wir heute gar nicht zu berechnen in der Lage sind, und weil sie letzten Endes damit unsere Institute dem Ruin entgegenführen muß.

Wir warnen deshalb unsere Angestellten, ihre nach menschlichem Ermessen doch gesicherte Existenz einer Forderung zu opfern, an deren Erfüllung, wie wir ausgeführt haben, nur eine gewisse Gruppe der Angestellten ein augenblickliches Interesse haben kann, während die Gesamtheit dadurch in unabsehbare Gefahren gestürzt wird.

Bekanntmachung. Marmelade.

Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelarten vom 18. Oktober 1918 wird für den Gemeindegast der Stadt Berlin bestimmt:

1. Auf Abschnitt Nummer 27 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin entfallen 500 Gramm Marmelade. Der Kleinhandelspreis beträgt 1,50 M. für ein Pfund. Es sollen hiermit 400 Gramm 1,04 M.

Eine Ueberschreitung des Höchstpreises ist strafbar.

2. Der Abschnitt Nr. 27 ist nur in den durch ein Ausschreiben

„Verkauf von Marmelade auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“

gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbcheinigung abzuschließen, und zwar Donnerstag, den 12. Freitag, den 13. und Sonnabend, den 14. Juni 1919. Ausschreibungs-Kameralisten sind nicht zugelassen. Es ist unzulässig, die Kartenausschnitte in Geschäften abzugeben. In denen nicht das vom Magistrat ausgegebene Ausschreibungs-Kameralisten-Buch, die nicht im Besitz des Ausschreibungs-Büros sind, ist die Annahme von Kartenausschnitten verboten.

3. Die Kleinhandelspreise haben die von ihnen angenommenen Kartenausschnitte an einem der ihnen bekanntgegebenen Großhändler bis zum 17. Juni einschließlich abzuliefern.

Jeder Kleinhandeler muß, sobald die Ware zur Stelle ist, mit dem Verkauf beginnen und dies durch Anschlag anzeigen.

Da die Marmeladefabrikanten häufig nicht in der Lage sind, die volle Menge auf einmal zu liefern, ist es möglich, daß sich in einzelnen Kleinhandelsbetrieben der Verkauf der Marmelade hinauszieht. Auch bei einer solchen Verzögerung der Lieferung ist jedoch eine Richtlieferung keinesfalls zu befürchten.

Berlin, den 6. Juni 1919.

Magistrat.

Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung. Zeichen: 6909 Gem. V.

Die Nacktheit!

Behördlich freigegeben. 20 Tiedruck-Kunstpostkarten, sort. M. 2,50, 10 Stück 1,00. Bronzefarbener-Photokarten, hochkünstlerisch M. 5,00. Porto extra. Voreinsendg. od. Nachn. O. Fischer, Abt. R. Berlin-Halensee. 1812*

1000 Fahrräder mit Gummi

sofort lieferbar. Ernst Machnow, Wolmeisterstraße 14.

sofort lieferbar.

Ernst Machnow, Wolmeisterstraße 14.

Bekanntmachung. Ausländisches Weizenmehl.

Gemäß § 5 der Verordnung des Magistrats Berlin über Lebensmittelarten vom 18. Oktober 1918 wird für den Gemeindegast der Stadt Berlin bestimmt:

1. Auf Abschnitt Q 6 der Einfuhr-Zolltarife der Stadt Berlin entfallen

250 Gramm ausländisches Weizenmehl

oder

250 Gramm inländisches Weizenmehl

nach Wahl des Bezugsberechtigten.

2. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für das auf Abschnitt Q 6 ausgegebene ausländische Weizenmehl

1,10 M. je 1/2 Pfund für inländisches Weizenmehl (50-prozentiges) 0,18 M. je 1/2 Pfund.

3. Unter Ausschluss nachträglicher Annahmen sind die Anmeldungen in der Zeit vom Freitag, den 13. bis Montag, den 16. Juni 1919, bei den Kleinhandlern abzugeben. Die Kleinhandler haben die Kartenausschnitte zu Q 6 der Einfuhr-Zolltarife am 17. Juni 1919 bei den Großhändlern abzuliefern. Nicht abgelieferte Ware verfällt mit dem 16. Juni 1919.

4. Das inländische Weizenmehl kann ohne Voranmeldung gegen Abgabe des ganzen Abschnittes Q 6 der Einfuhr-Zolltarife sofort in den mit entsprechenden Plakaten versehenen Geschäften, die außerdem von Zeit zu Zeit durch Säulenankschlag bekanntgegeben werden sind, bezogen werden.

5. Die mit dem Verkauf des inländischen Mehls neben dem ausländischen Mehl beauftragten Kleinhandler sind verpflichtet, die für das Inlandmehl ausgegebenen Abschnittes Q 6 der Einfuhr-Zolltarife im Besitz des Publikums mit Hinweis zu durchstreichen. Die für das Auslandmehl ausgegebenen Abschnittes Q 6 der Einfuhr-Zolltarife sind mit den Kartenausschnitten zusammen an die Abteilung für Gemüseversorgung, Stelle 3b, abzugeben.

6. Die ordnungsmäßige Ausgabe des Mehls in den Kleinhandelsbetrieben wird kontrolliert. Hinsichtlich der Ausgabe des Mehls verbietet es bei unserer Bekanntmachung vom 16. Mai 1919. Die Kleinhandler, die das ausländische Mehl etwa zurückgehalten, vermischt oder veräußern, oder aber Zeitbestände unbedeutend verwenden, haben unmissverständlich die Schließung des Betriebes zu gewährleisten.

Im übrigen haben, sofern nicht andere Vorschriften schwerere Strafen ausprechen, die Strafbestimmungen des § 10 der Verordnung des Magistrats Berlin vom 18. Oktober 1918 Anwendung.

Berlin, den 12. Juni 1919.

Magistrat. Abteilung für Nahrungsmittel.

Prozesse Rat, Bestand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Eingaben, Gnadengesuche. Landgericht, v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz), (9-7) Gültig. Erfolgel Beobachtg. Sonnt. 10-12.

Bekanntmachung betreffend Fettverteilung vom 16. bis 22. Juni 1919.

Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelarten vom 18. Oktober 1918 und der § 17, 18, 20, 22, 23 und 24 der Bekanntmachung über Speisefette vom 30. Juli 1918 (R.G.Bl. S. 705) und den Verordnungen der Fettstelle Groß-Berlin vom 20. Dezember 1918 über Abgabe und Entnahme von Speisefetten und über die Anwendung des Speisefettbezugs wird für den Bezirk der Fettstelle Groß-Berlin bestimmt:

1. Auf Abschnitt O 5 der Einfuhr-Zolltarife entfallen

50 Gramm Margarine.

2. Der Kleinhandelspreis für 50 Gramm Margarine beträgt 29 Pfennige.

3. Die Margarine ist in den zum Speisefettverkauf im Besitze der Fettstelle Groß-Berlin zugelassenen Kleinhandelsbetrieben gegen Abgabe der beiden Abschnittes O 5 der Einfuhr-Zolltarife unter gleichzeitiger Vorlegung der Speisefettkarte in der Woche vom

Montag, den 16. bis Sonntag, den 22. Juni 1919,

in Empfang zu nehmen.

Die Margarine ist in den Kleinhandelsbetrieben in Empfang zu nehmen, in welchem der Verbrauch zum Speisefettbezug eingetragen ist.

Reisender und Schiffer erhalten die Margarine ebenfalls.

4. Die Kleinhandler haben die von ihnen für die Margarine angenommenen Abschnittes getrennt gebildet zusammen mit den Speisefettkartenausschnitten am Montag, den 23. Juni 1919 an ihren zuständigen Großhändler abzuliefern.

5. Zahlverhandlungen gegen diese Vorschriften werden gemäß § 16 der Bekanntmachung vom 30. Juli 1918 (R.G.Bl. S. 705) sofern nicht nach anderen Vorschriften schwerere Strafen vermerkt sind, bestraft.

Berlin, den 6. Juni 1919.

Fettstelle Groß-Berlin (Butter). Zeichen: 6975 Bln.

Wermuth.

Stoffe für jede Vertikale. Höchste Verkaufspreise für Handtaschen, Brillanten, Selbstgegründete, Perlen, Silber usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Rochter.

Damen-Kostüme Meter 20,-, 30,-, 40,-, 50,- Herren-Anzüge Meter 50,-, 60,-, 70,-, 80,- Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H., Gertraudenstr. 20/21 Verkaufszeit v. 9-2 Uhr.

Suche Blau. Asser, Flensburger Str. 1. Rechts 7810.

Reife 61R* Sektkorke, alle Weinkorke, Korkabfälle jedes Quantum zu hohen Preisen. Nachemstein, Charlottenburg, Wilmshilfsstraße 4.

Verordnung über Kuchenverkauf und Kuchenpreise.

Auf Grund des § 61c der Reichsbrotverordnung für die Jahre 1918 und 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 184) sowie der Kuchenverordnung des Magistrats Berlin vom 2. Februar 1917 wird für den Bezirk der Stadt Berlin angeordnet:

Die §§ 3 und 4 der Verordnung über Kuchen vom 17. Februar 1917 erhalten folgende Fassung:

§ 3: Es dürfen bei der Abgabe folgende Preise nicht überschritten werden:

1. Stolle 1000 gr 5 M.

2. Obstkuchen 1000 gr 6 M.

3. Kugelhäfen 1000 gr 5 M.

4. Geüllte Korte 1000 gr 7 M.

Bei Abgabe in Teilen von je 50 gr 35 Pf.

5. Zechuchen 1000 gr 7 M.

Die Abgabe hat nach Gewicht unter Zugrundelegung des für 1000 gr festgesetzten Preises zu erfolgen.

§ 4: Richtvertreter von Kuchen dürfen Kuchen zum Wiederverkauf von nur einem Hersteller beziehen. Sie dürfen Kuchen nur dann abgeben, wenn sich in ihrem Geschäftsbüro an deutlich sichtbarer Stelle ein vom Magistrat Berlin gestempelter Aufschlag befindet, in welchem der Preis des Kuchens mit Namen und Adresse angegeben ist. Die Abgabe hat der Abgabe zum Vergleich in den Klammern ihres Ausschreibungsfolgs folgende Preise nicht überschreiten:

1. Stolle 1000 gr 7 M.

2. Obstkuchen 1000 gr 8 M.

3. Kugelhäfen 1000 gr 7 M.

4. Geüllte Korte 1000 gr 9 M.

Bei Abgabe in Teilen von je 50 gr 45 Pf.

5. Zechuchen 1000 gr 9 M.

Die Abgabe hat nach Gewicht unter Zugrundelegung des für 1000 gr festgesetzten Preises zu erfolgen.

Bei sonstigen Abgabe dürfen Richtvertreter bis im § 3 festgesetzten Preise nicht überschreiten.

Die Verordnung über Preisprüfungen beim Kuchenverkauf vom 20. September 1917 wird aufgehoben.

Diese Verordnung tritt mit dem 16. Juni 1919 in Kraft. Berlin, den 11. Juni 1919.

Magistrat Wermuth.

Zeichen: 13846 St. I.

Pferde- u. Wagendecken

Illern in allen Größen Gottschalk & Co., A.-G., Causel.

Opernhaus Rheingold.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus Othello.
Anfang 7 Uhr.

Volksbühne
Theater am Blüowplatz.
Direktion Friedrich Kayßer.
7 1/2 Uhr: 's Jungferngliß.

Deutsches Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Pallenberg in
Familie Schöneke.
Kammerspiele.
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantia
in Eifersucht.

Theater des Westens
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Mia Werber und Hans Wassermann in Gelada.

Direktion: C. Melnharz - R. Bernauer
Theater L. e.

Lossing-Theater
Sommerstücke: H. Sternberg.
Gastspiel Golda Theilscher:
8 Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Max Adalbert u. Kurt Osta in:
Die Rutschbahn.

Central-Theater
Kommandantenstraße 37.
7 1/2 Uhr:
Die Schönste von Allen.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr:
Der Wildschütz.
Friedr.-Wilhelms-Theater
7 1/2 Uhr:
Das Dorf ohne Glocke.

Prachtsäle des Westens
(Untergrundbahnhof Nürnberg Platz)
Gr. Ball
Jeden Dienstag,
Mittwoch, Donnerstag
und Sonntag:
Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr.

Vorzüglihe Küche

Anton's Weinstuben
Am Untergrundbahnhof Stadtpark
Innsbrucker Straße 42.

**Seltene Weine
Künstler-Konzert.**

Kaffee Zielka
(Equitable)
Friedrichstraße 39/40, Ecke
Leipziger Straße

**Wie man Ueberfälle
von Mördern
und Räubern abwehrt
u. wie man die Angreifer
unschädlich macht, wird
heute abend eine einmal
Vorführung des Japan.
Jiu-Jitsu
durch Herrn Hansen-Esch,
dem langjähr. Lehrer der
Kriminalpolizei deutsch,
u. ausländ. Großstädte, im
Circus**

Busch
stattfinden, Ferner ringen
8 1/2 präz.:
Pelkett - Mohrman
Urbach - Hünne
Revanche - Kampf (außer
Konkurrenz):
Burgdasoff - Stronge.
Auf Protos Burydanovs,
daß er durch 2 starke
Farunkelgeschwüre am
Handgelenk beim Ent-
scheidungskampf ungem-
ein benachteiligt war,
ist ihm von Stronge ein
Revanchekampf, aber
außer Konkurrenz, zuge-
standen worden.
Vorher 7 1/2 Uhr: Circus-
Programm, Tänze und
Ein Fest u. d. Stiergefecht.

**Serenissimus
Hyronimus XVI.**
mit seinem
Hofmarschall Kindermann
die Höchstleistung unter-
haltender Komik, und die
übrigen Attraktionen.
Billard-Wettspiele
Rosendiele 30 Billards

Central-Park
am Bf. Friedrichstr.
Schleifenbahn
Figur-8-Bahn
Berg- und Talbahn
Taifun-Rad
! Hippodrom-Noblesse!
Werktags ab 4, Sonnt. 3 U.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Kindererholungsheim Göhren auf Rügen
Wohlfahrtseinrichtung des Vereins für
Kindervolksküchen u. Volkskinderhorte.
Gegr. 1893.
Eröffnung am 15. Juni.
Anmeldungen und nähere Auskunft im Vereins-
bureau, Nürnberger Platz 4, Abteilung Jugend-
fürsorge, vormittags 9-11 Uhr. 1118L*

Der Vorstand des Vereins für Kindervolksküchen
und Volkskinderhorte. Berlin. E. V.
Hermann Abraham, Vorsitzender.

Norderney
Seitens des größten Nordsee-
Bades Betriebszahl 45 000. Bad- u. Ruder-
Verkehr. Strand, Regatta, Bäderanlage.
Spaziergänge am Meer auf der verblühenden Strandpromenade täglich
frühe Morgenfrühe liefert die Norderneyer Fischerflotte. Früher
teilweise durch die Badeverwaltung und den Gemeindevorstand.

Wochenspielplan der Berliner Ufa-Theater

	Freitag 13.	Sonnabend 14.	Sonntag 15.	Montag 16.	Dienstag 17.	Mittwoch 18.	Donnerstag 19.
U.F. Kurantendamm	Die Verführten	Die Verführten	Die Verführten	Die Verführten	Die Verführten	Die Verführten	Die Verführten
Kammer- Lichtspiele	Der Geister	Der Geister	Der Geister	Der Geister	Der Geister	Der Geister	Der Geister
Mosartsaal	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld
U.F. Nollendorfplatz	Dämmerung des Todes	Dämmerung des Todes	Dämmerung des Todes	Dämmerung des Todes	Dämmerung des Todes	Dämmerung des Todes	Dämmerung des Todes
U.F. Friedrichstraße	Die Hilders-De	Die Hilders-De	Die Hilders-De	Die Hilders-De	Die Hilders-De	Die Hilders-De	Die Hilders-De
U.F. Alexanderplatz	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld
U.F. Händelberg	Rebellenliebe	Rebellenliebe	Rebellenliebe	Rebellenliebe	Rebellenliebe	Rebellenliebe	Rebellenliebe
U.F. Weinbergweg	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld
U.F. Moritzplatz	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld
U.F. Harenstraße	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld	Die Schuld

Urbin
der sieht jetzt ganz klar
putzt doch die Stiebel wunderbar!

In Dosen aller Größen überall erhältlich
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Photo-Apparate
Rodenstock-Brack & Cie G.m.b.H.

Friedrichstraße 59-60, Ecke Leipziger Straße
Leipziger Straße 101-102, Ecke Friedrichstraße
Kasseler Straße 45, Nähe Hackescher Markt
Josephstraße 44, Bahnhof Zoolog. Garten

**Altgummi
(Gummiabfälle)**

Wenn Sie für Gummiabfälle auch Gummimüllabfälle
die höchsten Preise erzielen wollen, so bitten Sie uns solche
an, oder liefern Ihre Vorräte ab, bei

Ordover, G. m. b. H.
Friedrichstraße 45, und Georgenstraße 50,
Ecke Zimmerstraße, nahe dem Alexanderplatz.
Fernsprecher: Zentrum 1911.

Tod u. Teufel
30 Jahre einzig bewährt!

Reichens Spezialmittel in unveränderter Stärke
wirken durchgreifend u. mit vernichtender Kraft.

Wanzen-Fluid „Radikal“
Flasche M. 1,50, 2,75, 4,50 u. 6,00

Schwaben-Puder „Marial“
Pack M. 1,25, 2,50, 5,-, Pfund M. 10,-

Motten-Pulver unvergänglich
Pack M. 1,25, 2,50, 5,-, Pfund M. 10,-
Anerkennungen aus aller Welt.

Otto Reiche!, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.
Fernsprech-Anschlüsse: Moritzplatz 4731, 4732, 4733.
Man weise Ersatzmittel und nehme in den
Drogien nur echten Originalpackungen
mit der allein Wirkbarkeit verbürgenden Marke

Tod u. Teufel

Der Bolschewistische Staat
von Hans Berliner
mit einem Geleitwort von Julian Borchardt.
Die Gestaltung der russischen Sowjetrepublik
wird in diesem Buche auf Grund umfangreichen
Materials objektiv dargestellt. Wer sich über das
jetzige Russland unterrichten will, muß dieses Buch
gelesen haben, es bildet einen wichtigen Beitrag für
die Geschichte der gegenwärtigen Revolution.
Preis 1,80 M. 151D

Verlag der „Lichtstrahlen“
Julian Borchardt,
Berlin-Lichterfelde 3, Hedwigstraße 1.

**Brillanten Juwelen
Perlen**
Ballhausstr., Friedrichstraße 155, Ecke Unter d. Linden
gegenüber d. Victoria-Café. Zentrum 1890

Ein neuer Beruf

Ist heute die Sorge von Tausenden, die durch diesen ent-
setzlichen Krieg ihrer bisherigen Tätigkeit, ihres Lebens
berufes beraubt sind. Allen, die ernütern müssen, empfehlen
wir daher, ungesäumt ihre Vorbereitung zu treffen, die All-
gemeinbildung zu heben, Examen oder Prüfungen nachzu-
holen. Fehlende kaufmännische oder banktechnische Kennt-
nisse zu ergänzen, eine landwirtschaftl. Fachbildung zu er-
werben oder technisches und fachwissenschaftl. Können zu
vervollkommen. Verlangen Sie daher noch heute unser
32 S. starke Broschüre K 84 über die Selbstunterrichts-
methode Rustin oder für technische und fachwissenschaftl.
liche Bildung die 60 S. starke Broschüre K 85 über das
System Kernack-Hachfeld kostenlos und portofrei. Stanz-
und Beruf bitten wir anzugeben.
Bonneß & Hachfeld, Verlagsbuchh., Potsdam

ParteiSekretär gesucht!

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Essen sucht
zum baldigen Eintritt einen Sekretär, der die Organisation und
Parteiangelegenheiten, die über organisatorische und redaktionelle Be-
handlung verfügen, sind bis spätestens 25. Juni zu richten an
M. Deitrich, Essen, Großenstraße 67. 263/7

Redakteur gesucht.

Für das in Hildesheim erscheinende Parteiblatt „Hilbes-
heimer Volksblatt“ wird ein Redakteur, der die Redaktion und
Organisation zu betreiben hat. Anstellungsbedingungen der
Partei Sekretäre.
Bewerbungen mit kurzgefaßten Angaben über die bisherige
Tätigkeit in der Arbeiterbewegung unter „Bewerbung“ zu
senden an das Parteisekretariat Hildesheim, Margaretenstr. 17
Zimmer 36. 263/1

Süddeutsche Herrenwäschefabrik
sucht
Zuschneider oder Zuschneiderin.

Männliche Redakteur, welche imstande sind, einen Betrieb von
Zuschneidern, werden um Angebote mit Preisanschlägen gebeten.
Offerten unter S. R. 7372 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

Gelernter Ankerwickler,
der durchaus selbständig arbeiten kann, für
Straßenbahn-Motoren BSW- und AEG-Bauart
gesucht von größerer Straßenbahn Rheinlands.
Bei Bewährung dauernde Stellung. Meldungen
unter G. 28 befördert die Geschäftsstelle des
Blattes. 141D*

Stroh- und Filzhutfabrik
sucht einen mit allen vorstehenden Arbeiten vertrauten
Werkmeister

für 1. August. Offerten unter H 25 Baumweg 6, „Bormüde“
Dreschmaschinenführer,
der Schlichter II.
für 1. Juli gesucht.
Dom. Ploge, Volkswirtschaftl.

Beretreter
überall gesucht für genuin-
bringende Arbeit!
Mutter A. 1,35 M.
per Maßnahme.
Cl. Adams,
Coer 1. Ostr., Pferde-
markt 3. 147D

**Schlichter, zuverlässiger
Dachdecker**
findet in Rheinhardt mit großem
Einkaufsgeld höhere Gehälter.
Einmalige Hilfe wird für den
Auftrag ausgeführt.
Offerten unter K. 28 an die
Expedition dieser Zeitung.

Schuhmacher
auf Herren- und Damenböden
bei höchsten Löhnen in u. außer
dem Hause sofort gesucht.
Bon Schungesellschaft
m. b. H., Charlottenburg,
Ralfsdamm 117, 102/14
6. u. 8. Stockwerke.

Puß-Zuarbeiterinnen
bei hohen Gehältern u. höchster
Bezahlung verlangt. R. Dierck-
baum, Schwaberg, Hauptstr. 144

Königgrätzerstraße
Heute geschlossen.
Donnerstag 7 Uhr z. 1. Male:
Der Häuptling.
Satyrspiel 1. Akt v. P. Apel.
(Alfred Abel, Math. Brandt,
Ernst Dermberg, Grote Dierks,
Alexander Ekert, Werner
Hoffmann, Max Jungk, Rich.
Leopold, Ernst Pröckel, Otto
Schiller, Reinhold Schünzelt.)

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
LucieHöllich u. Ludw. Hartau

**Liselott
von der Pfalz.**

Berliner Theater
1/2 A: Stern, u. wied. leuchtet.
Sonntag: Die tolle Komik.
Sonntag: Die tolle Komik.

Residenz-Theater.
Untergrund, Klosterstraße,
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

Trianon-Theater.
Bf. Friedrichstr. Ztr. 492/25-1
Tägl. 8 U. Heute z. 2. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sensu d. U.: Aschenbrödel.
Sonntag 4 U.: Jubiläumsgesellschaft.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die kleine Sklavin.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Ehe-Urknub.
7 1/2 Uhr: Gartenblume.
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.

National-Theater.
Sensu d. U.: Aschenbrödel.
Sonntag 4 U.: Jubiläumsgesellschaft.

Die tolle Goldgräberin
und das gr. Gesellschafts-
Spiel. Es geht ab nicht
28. Juni 17. Juni, gefüllt.

Luisen-Theater.
**Die Licht-
sehene Dame**
Sensu d. U.: Aschenbrödel.
Sonntag 4 U.: Jubiläumsgesellschaft.

APOLLO
Friedrichstraße 31a
Dir.: James Klein
7 1/2, 9 1/2 und 7 1/2
Gastspiel

Herrnfeld
in seiner aus 28 Per-
sonen bestehenden
Gesellschaft in der
aktiven Parteeke
Wer ist der Vater?
Vorh. Spezialitäten!

Admirals-Palast.
Im Gespensterschloß
Wiener Walker
Tanz-Revue
8 Uhr. — 8 Uhr.
Kühler Aufenthalt.

Admirals-Kino.
Lola Montez II. Teil
Argus X.
Vergo Larsen.

METROPOL
**KABARETT
GEHÄHNSTR. 29**
Paul Stöckel
Mina Beverly
Frita Berger
Klein Rosa
Lachpiller-Wolf
Lassi u. Acuni
Hansl Elzer
Franz Romahn
Mia Renard
Adolf Karbach
Am Flügel: Heuschel
ConL. Flator
Uygi - Koncerte

Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Kimmichblättchen.
Komische Oper
Schwarzwaldduèl.
Lustspieltheater:
7 1/2 Uhr:
Die spanische Fliege.

Metropol-Theater.
7 Uhr 10:
Die Faschingstee.
Neues Operettenhaus
7 1/2 U.:
Die Dame vom Zirkus.

Palast-Theater
7 1/2 Uhr:
Talisman.
Operette in 3 Akten v. Zorlig.
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr:
König Krause.

Thalia-Theater
7 1/2 U.:
Zur wilden Hummel.
Th. am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Wo die Lerche singt.
Theater d. Friedrichstadt
7 1/2 Uhr:
4 Einakter.

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr:
Mandragola.

Theater am Kottbus. Vor
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
einmal
Mittl. d.
Stettiner Sänger
Russell, Horst,
Seidel usw.
Humor. Spielpl.
Sommerpreise!
im Garten:
Blühgen-Konzert

Berliner Prater
7/9 Bahnhofsallee 7/9
Täglich:
12 Varieté-Attraktionen.
In der
Zoo - Diele Ball.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Beltschall-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
**Stettiner
Sänger**
Steyerl, Britton,
Stig. Gräblich usw.

**MARMOR
HAUS**
Kurfürstendamm 236.
Direktion:
Siegbert Goldschmidt.

**PRINZESSIN
TATJANAS
TRAGÖDIE**
(Wenn ein Weib den
Weg verliert)
6 Akte aus dem Leben
einer modernen Frau.
Regie:
Carl Wilhelm.
Außerdem:
Albert hat Prokura
Lustspiel in 3 Akten.
Titelrolle:
Albert Paulig.
4, 6¹⁵,
8³⁰.

BTL
Potsdamer Str. 28
Turmstr. 13
Uraufführung:
**Lotte
Neumann**
im Filmspiel
Schatten der
Vergangenheit.
Alexanderplatz-Passage.
Der große Prunkfilm
Das Buch Esther.
Friedemann, Rheinstr. 14
Störme - ein
Mädchenstück mit
Hva May.

**BRAUNES
DIELE**
ALEXANDERSTR. 33
Lachpiller-Wolf
Eise Garell
Karl Sibir
3 Schwestern Lück
Alfred Janssen
Mary Walter
Rosa Körner
Am Flügel: Sawado
Conf. Helianus
Ebenor - Koncerte.

Der Kampf um die „Roskegarden“.

Von Bernhard Kaufsch.

Alle Unzulänglichkeiten der sozialen Revolution, die wir durchleben, sind letzten Endes darauf zurückzuführen, daß wir nicht, wie wir es uns erträumt hatten, einen blühend in seiner Ueberproduktion verfallenden Kapitalismus zum Sozialismus überführen können, sondern daß wir am Ende eines verlorenen Krieges auf einem Trümmerhaufen mit den Mitteln einer erschöpften Volkskraft aufbauen müssen. Dabei sind wir nicht einmal in eigenen Hause ungehindert, sondern an die harten Bedingungen siegreicher kapitalistischer Feinde gebunden, auf wirtschaftlichem wie auf militärischem Gebiet.

Die große französische Revolution des 18. Jahrhunderts konnte mit einer neuen sozialen Ordnung auch ein neues Heer aufrichten. In der levée en masse schuf sie die Grundlage für die allgemeine Wehrpflicht, die Engels bekanntlich einst die einzige demokratische Einrichtung Preußens genannt hat. Unser Ziel war es, das Heer der allgemeinen Wehrpflicht nach der Eroberung der politischen Macht fortzuschweifen zur wahrhaft demokratischen Volkswehr, für die niemand besser den Weg bereitet hatte als Friedrich Engels.

Die Revolution hat Deutschland verfassungsrechtlich zum freiesten Staat der Welt gemacht. Aber auf das Heer der Demokratie müssen wir auf absehbare Zeit verzichten. Nach dem Willen der Sieger darf Deutschland nur ein kleines Söldnerheer unterhalten.

Keine Regierung, welcher Art sie auch sei, ist denkbar ohne staatliche Machtmittel, denn ein Staat ohne Heer ist ein Spielball in den Händen entschlossener Minderheiten. Das haben die Unabhängigen und Kommunisten sehr wohl begriffen. Überall, wo sie zur Macht gelangten, gingen sie sofort daran, sich eine Armee zu bilden.

Die wüste Seege der Unabhängigen und Kommunisten gegen die „Roskegarden“ richtet sich nicht gegen das System der Freiwilligenverbände als solches, denn die roten Armeen sind überall nichts anderes als Söldnertruppen gewesen, sondern gegen das Machtinstrument der verhassten Regierung Ebert-Scheidemann. Man weiß sehr wohl, daß, solange die Regierungstruppen unerschüttert sind, alle Bemühungen, die Regierung gewaltlos zu stürzen, völlig aussichtslos bleiben müssen. Deshalb versucht man durch wüste Schimpfkanonaden zusammen mit der Drohung des wirtschaftlichen Boykotts die innere Festigkeit der Truppen zu erschüttern. Und neben den Angriffs von außen betreibt man eine emsige Wühlarbeit von innen. So ist z. B. in Kiel, wohin die verdiente Eisernen Brigade zurückgekehrt ist, beobachtet worden, daß Leute, die zur Täuschung Uniformen und Abzeichen dieser Brigade angelegt hatten, sich mit Betteln an Arbeiter und Angehörige anderer Truppen herannahen, auf denen etwa folgendes zu lesen war: „Die Empfänger sollen sich nicht vor der Eisernen Brigade fürchten, sie sei gar nicht so regierungstreuen, sondern werde im gegebenen Augenblick den Kommunisten helfen, die Regierung gewaltlos zu stürzen.“ Durch dieses verbrecherische Treiben hofft man, die Truppen allmählich völlig zermürben und so den Boden zum Sturz der Regierung bereiten zu können.

Eines der frühesten Kapitel der deutschen Revolutionsgeschichte wird es immer bleiben, daß ein großer Teil der mehrheitssozialistischen Arbeiterschaft, und leider auch der Presse, dieser verhängnisvollen Wühlarbeit der Unabhängigen und Kommunisten nicht nur teilnahmslos gegenüberstand hat, sondern sich von dem demagogischen

Beschrei hat verwirren und einfangen lassen. Die Abneigung gegen die Auswüchse des Militarismus hat nur zuviele zu glatten Antimilitaristen gemacht, die gar nicht merken, wie der Militarismus der Polen und Bolschewisten sich lächelnd nützlich, ihnen das launische Joch über die Ohren zu ziehen. Mit aller Deutlichkeit ist auf dem Parteitag gefagt worden, daß die Uebergriffe der Regierungstruppen niemand schärfer verurteilt, als die Regierung selbst. Aber von den Parteigenossen, die ihre prominentesten Führer in die Regierung geschickt haben, darf man auch Verständnis dafür erwarten, daß eine in Stunden der Not rasch zusammengeraffte Truppe natürlich nicht aus lauter Engeln bestehen kann, und daß die Regierungstruppen von der allgemeinen Verwirrung durch den vierjährigen Weltkrieg nicht unberührt geblieben sein können. Auch die Furcht, die Söldnertruppe könnte eines Tages zum Instrument der Gegenrevolution werden, ist nichts als Geistesfresserei und verrät überdies im Munde der Arbeiterklasse ein zu geringes Vertrauen zur eigenen Kraft. Offenlich geht allen denen, die aus Angst vor der Agitation der Unabhängigen in das Geschrei gegen die reaktionären Offiziere eingestimmt haben, ein Seisensieder auf angelegtes der lustigen Enthüllungen Roskes auf dem Weimarer Parteitag.

Kein Tag vergeht, an dem nicht die „Freiheit“ und mit ihr der Chorus der unabhängigen und kommunistischen Presse mit ihrem lieblichen Vokabular ganze Klübel von Jauchern über die „Roskegardisten“ ausschüttet. Die Herren Emil Barth und Breitscheid aber drücken diesen „Bluthunden“ insgeheim warm die Hand und versuchen sie in den lockendsten Tönen zu fördern für die große Stunde, da sie ihre zweite Revolution machen werden. Nichts kennzeichnet mehr die im Grunde genommen doch so rührende naive Illusionspolitik der Unabhängigen, als dieses anrüchliche Licheswerben. Mag man den deutschen Offizieren nachsagen, was man wolle, käufliche Gallunken sind sie nie gewesen. Aber selbst, wenn ihnen goldene Berge versprochen würden, sind die Offiziere doch flug genug, um zu wissen, daß die Unabhängigen ihr Versprechen nie halten können. Sie wissen daß bei einem Sieg der Unabhängigen alle die novembersozialistischen Elemente erneut Morgenluft wittern würden, die in der sozialen Revolution nichts anderes erblicken als einen auf den Kopf gestellten Kapitalismus, und deren es höchst unerwünscht in die Ohren klingt, daß Sozialismus Arbeit ist. Eine unabhängige Regierung hätte aber nicht die innere Kraft, sich dem Wahnsinn entgegenzustemmen. Sie würde bei der „Masse“, die sie emporgehoben hatte, rasch abwärtsrutschen und von neuen Wunderaposteln abgelöst werden, die mit der Zukunft Deutschlands auch die Zukunft der Offiziere risikolos vernichten würden.

Aber der Wunderglaube der Unabhängigen vermag Berge zu bewegen. Herr Emil Barth hat schon einmal einige Hundert Pistolen gekauft und eine Revolution „gemacht“, weshalb sollte er nicht auch einige Duzend Offiziere kaufen und eine zweite Revolution machen können? Aber wie stehts mit den Truppen selbst? Da verleumdet und beschimpft die unabhängige Presse unzusätzlich die Männer, die in schwerer Zeit mit ihrem Leben für die Sicherheit des Reiches einstehen, da schreit man hinter ihnen her und spuckt sie an! Glauben die Unabhängigen wirklich, daß die Geächteten ihnen eines Tages gerührt um den Hals fallen würden, und daß aus Roskegarden über Nacht Barthgarden werden könnten? Das geht nicht, selbst wenn der kluge Herr Barth sich Rothbarth taufen ließe!

Zimmerhin zeigen die Unabhängigen bei ihren Anbiederungsversuchen, daß sie wenigstens begriffen haben, daß eine Truppe Führer braucht, und daß auch dieser Verus,

wie jeder andere gelernt sein will. Das mag manchen unferer Parteigenossen zur Lehre dienen.

Zu übrigen aber beweisen die Veruche der Unabhängigen, sich das Machtinstrument der Regierung in die Hand zu spielen, daß wir allen Anlaß haben, dafür zu sorgen, daß das deutsche Heer innerlich so stark gefestigt ist, daß es nie ein Spielball in den Händen von Meistbietenden werden kann. Je schmaler das Fundament ist, auf dem der Bau des deutschen Staates ruht, um so fester und zuverlässiger muß es sein. Das Heer der Deutschen Republik darf weder durch Wechsel der Parlamentsmehrheiten, noch durch Veränderungen in den Führerstellen erschüttert und verwirrt werden können. Es darf keine auf bestimmte Parteien oder gar einzelne Persönlichkeiten eingeschworene Prätorianergarde sein, sondern muß, entsprechend dem verfassungsmäßigen Aufbau des deutschen Volksstaates, in der Nationalversammlung die oberste Autorität erblicken und sich ihr gegenüber zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet fühlen. Der deutsche Soldat muß sich mit Stolz als Hüter der Demokratie fühlen, denn nur das Bewußtsein, zum Schutze der freiesten Verfassung der Welt die Waffen zu tragen und strenge Disziplin zu üben, vermag einer modernen Truppe auf die Dauer die notwendige sittliche Festigkeit zu geben und sie allen Schmähungen zum Trotz mit Stolz über ihren Beruf zu erfüllen.

Prozess Ledebour.

Nach der Pause verkündete der Vorsitzende, daß das Gericht die vor mehreren Tagen gestellten Anträge der Verteidigung, die Minister Landsberg und Seine sowie den Staatsanwalt Heiner als Zeugen zu laden, abgelehnt hat. Minister Landsberg sollte darüber gehört werden, wie der von einer Abordnung der Revolutionsrats im Kriegsministerium überreichte Auftruf des Revolutionsrats, der die Regierung Ebert-Scheidemann für abgesetzt erklärt, in die Presse gekommen ist. — Minister Seine sollte darüber vernommen werden, daß er die Behauptung, Ledebour habe die Befehle des „Vorwärts“ beantragt, ohne tatsächliche Grundlage aufgestellt habe. — Staatsanwalt Heiner sollte bekunden, daß Grandje als Späher im Auftrage der Regierung bei der Befehlsübertragung mitspielt hätte.

Das Gericht begründete die Ablehnung dieser Beweisanträge damit, daß sie nicht zur Sache gehören.

Rechtsanwalt Rosenfeld beantragt, den Bischofsweser v. Thekla zu laden, der, nachdem er Fischers Aussage in der Zeitung gelesen hatte, bei ihm, dem Verteidiger, sich als Zeuge dafür angeboten habe, daß er im Auftrage der Regierung Ledebour verhaftet und von Fischer den Auftrag bekommen habe,

Lebedour zu erschließen.

Staatsanwalt Zumbroich widerspricht dem Antrage. Die Behauptung, Fischer habe einen Auftrag zur Erschließung Ledebours gegeben, sei ganz neu, sie stehe mit diesem Prozeß nicht im Zusammenhang. Die Mitteilung würde der Staatsanwaltschaft genügen, um ein Versehen gegen Fischer einzuleiten, wobei v. Thekla dann als Zeuge vernommen würde. Aber für diesen Prozeß komme sein Zeugnis nicht in Betracht.

Rechtsanwalt Rosenfeld: Die Behauptung, über die von Thekla vernommen werden soll, ist durchaus nicht neu. Sie ist in diesem Prozeß wiederholt vom Angeklagten Ledebour ausgesprochen. Auch der Zeuge Heiner hat gefagt, er habe den Eindruck gehabt, daß er und Ledebour in der Kommandantur ermordet werden sollten. v. Thekla hat mir auch gefagt, es sei nicht wahr, wie Fischer angeblich, daß die Soldaten gegen Ledebour erregt waren und ihn erschließen wollten. Wahr sei vielmehr, daß die Soldaten aus eigenem Antriebe nichts gegen Ledebour unternommen hätten, daß aber Fischer die Soldaten in Erregung gegen Ledebour versetzt habe. Es ist mir unverständlich, wenn der Staatsanwalt sagt, das gehöre nicht in

Die Amnestie.

NOVELLE von Emilia Pardo-Bazan.
Uebersetzt von G. Hesse.

(Schluß.)

Regungslos, wie auf dem Boden festgebannt, sah Antonia ihn schon gar nicht mehr, obgleich das unheimliche Bild sich in ihren großen Augen spiegelte.

Ihre erstarrten Glieder waren vollständig gelähmt. Ihre eisigen Hände ließen das Kind los, das sich duckte und sich ihr an die Knie klammerte.

„So spät am Abend hast du mich wohl kaum erwartet?“ sagte er mit rauher, doch ruhiger Stimme. Und bei dem Klang dieser Stimme, in dem Antonia die Flüche und Todesdrohungen zu hören glaubte, wachte die Unglückliche wie durch Zauber auf — sie stieß einen durchdringenden Schrei aus, und das Kind auf den Arm nehmend, eilte sie zur Tür. Doch der Mann vertrat ihr den Weg.

„Nun, wo soll's denn hin, Alte?“ fragte er mit seiner ironischen Banditenstimme. „Willst wohl noch zu später Stunde das ganze Viertel in Aufruhr bringen, was? Nichts da! Ruhe!“

Diese letzten Worte wurden zwar von keiner drohenden Gebärde begleitet, doch er sprach sie in so eisigem Tone, daß ihr das Blut in den Adern erstarrte.

Doch als die erste Bestürzung vorüber war, kam ein Fieber über sie — jenes hellseherische Fieber, das den Selbsterhaltungstrieb weckt. Ein jäher Gedanke schoß ihr durch den Kopf — sie mußte sich unter den Schutz des Kindes stellen! Wäre das nicht das Heil? Sein Vater kannte es zwar nicht, aber schließlich war er doch der Vater. Und sie hob es auf und hielt es ins Licht.

„Das ist der Kleine?“ murmelte der Verbrecher.

Und er nahm die Lampe von der Wand und hielt sie dem Kinde vors Gesicht. Geblendet blinzelte es mit den Augen und schlug die Hände vor das Antlitz, als wolle es sich vor diesem fremden Vater schützen, dessen Namen es stets nur mit Schrecken und Verachtung gehört. Es drückte sich an die Mutter, und auch sie preschte es an sich — sie war wachsbleich.

„Wie häßlich er ist!“ murmelte der Vater, indem er die Lampe wieder an die Wand hing. „Als hätten die Hegen ihm die Adern ausgeaugt.“

Ohne das Kind loszulassen, lehnte sich Antonia an die Wand — die Kräfte wollten ihr schwinden. Alles drehte sich

um sie her, und kleine blaue Flämmchen züngelten vor ihren Augen.

„Nun, habt Ihr denn nichts zu essen im Hause?“ fragte der Mann.

Antonia setzte das Kind in einer Ecke auf die Erde, und während der Kleine in seiner Angst das Schluchzen zu unterdrücken suchte, ging die Mutter ins Zimmer hin und her. Mit zitternden Händen deckte sie das Tischuch auf, holte Brot und Wein und nahm einen Topf mit Kadelhau aus dem Herd. Sie gab sich Mühe um ihn und suchte den Feind durch ihren Eifer zu entwaschen.

Der Sträfling setzte sich und begann gierig zu essen, und er trank reichlich von dem Wein.

Sie blieb stehen, und wie fasziniert betrachtete sie dieses lotharbene, glattrasierte, magere Gesicht, das in jenem eigentümlichen Glanz des Gefängnisses schimmerte. Er füllte sein Glas noch einmal und bot es ihr an.

„Ich kann nicht“, stammelte Antonia.

Im Rict der Rompe leuchtete der Wein wie Blut. Er stürzte das Getränk schnell hinunter, suchte die Schulter, griff von neuem nach dem Fisch, von dem er gierig aß — er nahm ihn mit den Fingern und kaute große Stücke Brot.

Die Frau sah ihm zu, und eine schwache Hoffnung keimte in ihrem Geiste auf.

Wenn er gegessen, würde er wohl fortgehen, ohne sie gleich umzubringen. Dann wollte sie die Tür verbarrikadieren, so daß er, falls er zurückkommen sollte, nicht ohne Lärm zu schlagen herein könnte, und die Nachbarn würden ihr Schreien hören.

Aber sie würde ja wohl gar nicht schreien können! Sie räusperte sich, um ihre Stimme zu versuchen.

Kaum hatte der Mann seinen Hunger gestillt, als er eine Zigarette aus dem Ledergürtel zog, und indem er sie mit dem Finger, zurechtgedrückt, steckte er sie friedlich an der Flamme an.

„Mit, wo soll's hin?“ rief er jäh, als er merkte, daß seine Frau unbemerkt die Tür zu erreichen suchte. „Wir wollen das Best in Ruhe und Frieden feiern!“

„Ich will den Kleinen schlafen legen“, erwiderte sie, ohne zu wissen, was sie sagte. Und sie schlüchzte mit dem Kinde auf den Armen in das anstoßende Zimmer.

Der Mörder würde gewiß nicht wagen, ihr dahin zu folgen. Wie könnte er wohl so kühn sein! Es war ja der Raum, in dem er das Verbrechen begangen, die Kammer ihrer Mutter! Früher schlief das Ehepaar im Zimmer nebenan. Doch nach dem Tode der Alten sah Antonia sich von der Not gezwungen, das Ehebett zu verkaufen und das Bett der

Toten zu benutzen. Da sie sich nun gerettet glaubte, zog sie das Kind aus, das nun an ihre Brust gelehnt lauter zu schluchzen wagte. Da aber ging die Tür auf, und der Mann kam herein.

Antonia sah, wie er einen Seitenblick auf sie warf. Dann zog er sich leiserhändig die Schuhe aus, legte die lange wollene Leibbinde ab und streckte sich endlich auf das Lager seines Opfers.

Die Tagelöhnerin glaubte zu träumen. Hätte ihr Mann eine Navaja (Dolchmesser) geöffnet, so wäre sie wohl weniger erschrocken als nun, da er diese unerschütterliche, furchtbare Ruhe zeigte.

Jetzt streckte er sich, rollte sich in die Decke, rauchte die Zigarette zu Ende und leuchtete woblig auf wie ein müder Mensch, der ein weiches, kauseres Bett findet.

„Und du . . .?“ fragte er, sich an Antonia wendend, „was stehst du denn da wie ein Meilenstein? Willst du nicht zu Bett gehen?“

„Ich . . . ich habe keinen Schlaf . . .“ stammelte sie, und die Zähne schlugen ihr aufeinander.

„Das schadet nichts. Du willst doch wohl nicht die ganze Nacht Schildwache stehen?“

„Es ist kein Platz für zwei. Schlaf du hier, ich lege mich wo anders hin.“

Er suchte zwei oder drei Mal.

„Sollst wohl Angst vor mir? Oder ekelst dich? Zum Donnerwetter, was soll denn das heißen? Entweder gehst du sofort zu Bett, oder wehe dir!“

Der Mann richtete sich sitzend auf und streckte die Hände vor. Er wollte sich auf sie stürzen . . . doch schon entkleidete sich Antonia mit der fatalistischen Unterwürfigkeit der Sklavin. In der Hast zerrissen ihre Finger die Schürze, die Haken, die Röde . . .

Sinten aus dem Zimmer vernahm man das erstichte Schluchzen des Kindes.

Und es war das verzweifelte Schreien des Kindes, das am frühen Morgen die Nachbarinnen herbeieilen ließ — fanden Antonia, auf ihrem Lager hingestreckt wie tot.

Der schnell herbeigerufene Arzt konstatierte, daß sie noch lebte. Er ließ sie zur Ader, doch gelang es ihm nicht, einen Tropfen Blut zu bekommen.

Vierundzwanzig Stunden später starb sie eines natürlichen Todes. Es war keine Verlegung festzustellen.

Der Kleine erzählte, der Mann, der die Nacht im Hause verbracht, hätte die Mutter wiederholt mit Namen gerufen, als er aufstand, und da sie keine Antwort gegeben, wäre er fortgelaufen wie ein Wahnsinniger!

diesen Prozeß. Mindestens sind doch diese Angaben von Bedeutung für die Beurteilung der Glaubwürdigkeit Fischers. Angeklagter Ledebour: Der Staatsanwalt sagte, die Verteilung, die v. Tetzka machte, würde ihm genügen, um ein Verfahren gegen Fischer einzuleiten. Ich zweifle nicht daran. Das kann aber kein Grund sein, den Zeugen v. Tetzka aus diesem Prozeß auszuschließen. Vor dem preussischen Untersuchungsausschuß hat Fischer gesagt, er habe die Regierung von seiner Absicht, mich zu verhaften, unterrichtet. Durch die Vernehmung des vorgeschlagenen Zeugen sollen diese Vorgänge aufgeklärt werden. Es wird sich zeigen, daß nicht Fischer die treibende Kraft ist, sondern daß die Regierung, besonders Landsberg dahinter steht.

Nach kurzer Beratung beschließt das Gericht, den Zeugen v. Tetzka zum Freitag zu laden. Die Verteidigung hatte im Laufe des Prozesses die Zeugenladung des Polizeipräsidenten Eugen Ernst beantragt. Staatsanwalt Jumbroich kommt auf den Antrag zurück und beantragt seinerseits, Eugen Ernst darüber zu vernehmen, daß es nicht wahr sei, daß er gesagt habe, die Regierung habe die revolutionären Arbeiter zum vorläufigen Loslassen veranlaßt.

Rechtsanwalt Rosenfeld benimmt als Zeugen zwei amerikanische Journalisten, zu denen Eugen Ernst die betreffende Zeugenladung erhalten hat. Wenn die Genehmigung zur Aussage des Polizeipräsidenten Ernst nachgesucht werde, dann solle sie sich nicht nur auf den angegebenen Punkt erstrecken, sondern auch auf die Rolle, welche Spitzel im Auftrag der Regierung bei den Anarchoverbrechen spielten. Die Beschlußfassung über diesen Antrag behält sich das Gericht vor.

Rechtsanwalt Herzfeld beantragt, die Schutzhaftkassen über Kollwitz einzufordern. Daraus könne bewiesen werden, daß Grandle als Vertrauensmann der Kommandantur bei der Besetzung der Reichsdruckerei mitgewirkt habe.

Das Gericht lehnt diesen als nicht zur Sache gehörend ab. Da der Zeuge Leid auf telephonischen Anruf nicht erschienen war, mußte die Sitzung vorzeitig geschlossen werden. Am Freitag wird die Verhandlung fortgesetzt.

Die in unserem gestrigen Bericht enthaltene Angabe des Zeugen Dr. Meyer über Vöerge n beruht auf einem Mißverständnis. Meyer hat gesagt, Vöerge sei als Vertrauensmann der Kommandantur bei den Waffenstillstandsverhandlungen mit der revolutionären Besatzung der Zeitungsbetriebe tätig gewesen.

Groß-Berlin

Heute findet die Juristische Sprechstunde von 3 bis 5 Uhr statt.

Keine Betriebseinstellung der Großen Berliner am heutigen Freitag.

Die Mehrheit des Fahrpersonals der Großen Berliner Straßenbahn hat sich dahin entschieden, daß die Arbeit aus Anlaß der Verdringung der Frau Rosa Luxemburg am heutigen Freitag nicht ruhen soll. Der Straßenbahnbetrieb wird deshalb, entgegen den bisherigen Meldungen, am ganzen heutigen Freitag durchgeföhrt werden.

Eine andere Korrespondenz meldet gleichfalls: Wie wir erfahren, haben die Angehörigen der Großen Berliner Straßenbahn ihre Absicht, heute anläßlich der Verdringung der Leiche Rosa Luxemburg den Betrieb zwischen 12 Uhr mittags und 4 Uhr nachmittags zu unterbrechen, fallen gelassen. Der Verkehr soll vielmehr nach Möglichkeit durchgeföhrt werden, d. h. wenn sich nicht örtliche Schwierigkeiten wegen der zu erwartenden Demonstrationen herausstellen sollten. — Auch der Verkehr der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen wird, soweit es sich zur Stunde übersehen läßt, in vollem Umfange aufrecht erhalten werden können. — Die Bestimmungen in den Verträgen der Hoch- und Untergrundbahn haben ebenfalls ergeben, daß nur bei wenigen der Angestellten Reizung besteht, die Arbeit niederzuliegen. Die Zugfolge wird also auch der Hochbahn allem Anschein nach eine Verminderung nicht erfahren.

Unverschämter Wodenwucher!

Mit welcher Dreistigkeit heute Wieten geheizt werden, offenbart ein Beispiel aus dem Nordosten. Die Kleinpächter der Kolonien Friedenstal und Friedrichshöhe an der Kniprodestraße sollen sich eine Erhöhung der Pacht von 120 M. auf 300 M. gefallen lassen, also eine einmalige Steigerung von 70 Prozent! Da die Gartenpächter durch Anlegung von Wasserleitungen usw. an den Boden gebunden sind, glaubt der Generalpächter und Urheber der Steigerung, der Fuhrwerksbesitzer Behrds (Eigentümer sind die Söhnow'schen Erben) seine unverschämte Forderung durchzusetzen zu können. Es ist bestimmt anzunehmen, daß das Wietseinsigungsamt den guten Appetit des Herrn eine nicht zu kleine Einschränkung erfahren läßt.

Dem Protest gegen die Erschießung Levinés

Schließen sich noch an: der Bezirk Südwest, Ortsgruppe Berlin des Nat. Bundes der Kriegsbekämpften, die Arbeiterchaft der Hochbahnwerkstatt Grunewald, die Arbeiter der Wagon-Reparatur-Werkstätte Seegefeld und die Bezirksleitung Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes, in Lindenwalde brachten die Genossen Sallier von der S. P. D. und Karl Schwerdt von der U. S. P. D. den Unmitten der Lindenwalder Arbeiterchaft über die Wölsprechung des Urteils in Ansprachen zum Ausdruck.

Reorganisation des Sicherheitsdienstes.

Es wird immer deutlicher, daß die bisherigen Mittel und Einrichtungen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechertums und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr ausreichen.

Der Sicherheitspolizeiliche Dienst, wie wir ihn bisher in den Städten hatten, ist auf die Bekämpfung des alten, relativ schwachen Verbrechertums der Vorkriegszeit eingestellt. Den neuen Aufgaben kann er selbst bei größter Pflichtigkeit, Unerkrodenheit und Hingabe seiner Träger, der Schulleute, nicht gewachsen sein. In ihrer überwiegenden Zahl sind die Schulleute ältere Familienväter. Als solche dürfen sie der händigen und erhöhten Lebensgeföhre gar nicht angefeht werden, die heute die Ausübung der Sicherheitspolizei für ihre Organe mit sich bringt. Deshalb ist — zunächst für Berlin — eine vollständige Trennung zwischen Sicherheits- und Ordnungs-, bzw. Wohlfahrtspolizei in

Ausföht genommen. (Die letzte Entscheidung über den Plan ist noch nicht gefallen, seine alsbaldige Verwirklichung ist aber wahrscheinlich.) Die Ordnungs- und Wohlfahrtspolizei soll in den Händen der bisherigen Schutzmännchaft bleiben. Für die Sicherheitspolizei soll eine straff organisierte Truppe von Hilfspolizeimännchaften aus jungen, unversehrten, militärisch geübten Reuten gebildet werden. Diese Hilfspolizeimännchaften sollen in Posten und Patrouillen den Sicherheitsdienst wahrnehmen. Sie sollen in Kasernen wohnen — einmal zwecks möglicher Vereinstschaft zu raschem und kräftigem Eingreifen, wo immer dies nötig ist, außerdem und vor allem auch im Interesse ihrer eigenen Sicherheit. Der einzelnen wohnende Sicherheitspolizist ist bei den gegenwärtigen Zuständen ständig der Gefahr ausgeföhrt, von Verbrecherbanden überfallen und unschädlich gemacht zu werden. — Nach neunjährigem Dienst sollen die Hilfspolizeimännchaften das Recht erhalten, zur Ordnungspolizei überzutreten.

Die Nichtstimmung der Schulleute über die geplante Neuordnung ist völlig unbegründet. Es besteht weder die Absicht, auch nur einen einzigen heute tätigen Schutzmänn (etwa durch vorzeitige Pensionierung) wirtschaftlich zu benachteiligen, noch die, den Stand der Schulleute irgendwie zu degradieren. Die Ordnungspolizei soll keineswegs im Range unter die Sicherheitspolizei herabgedrückt werden; sie steht gleichberechtigt neben ihr.

Reichskonferenz sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen.

Im Orientalschen Seminar fand gestern eine Tagung der sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen statt, zu der fast aus allen Teilen Deutschlands und Deutschösterreichs Vertreter erschienen waren. Lehrer Wille überbrachte Grüße des Kultusministers, in dessen Namen er eine Reihe von Reformen im Schulwesen in Aussicht stellte. Nach längerer Diskussion wurde die Gründung des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutschösterreichs vorgenommen. Zweck des Verbandes ist die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Gebiete des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens. Der Verband will ferner die Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen für den Sozialismus gewinnen, schulpolitischen Aktionen durch Zusammenschließung erhöhter Stöckkraft verleihen und der wissenschaftlichen und pädagogischen Arbeit der einzelnen Vereinigungen Zusammenhänge geben.

Zu dem Verband werden nur Vereine zugelassen, die Mitglieder aller drei sozialistischen Richtungen aufnehmen. Eine Entscheidung, die sich gegen die von gewissen Kreisen der Mehrheitspartei versuchte Sonderorganisation der mehrheitssozialistischen Lehrer wandte, fand einstimmige Annahme. Weiter wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Erschießung Levinés und die Behandlung Tollers wendet. In den Vorträgen des Lehrers Drange-Berlin über „Religionsunterricht und weltliche Schule“ schloß sich eine längere Debatte über dieses Thema. Zum Schluß der Tagung wurde eine Entschließung angenommen, die eine entschiedenere sozialistische Kulturpolitik vom Kultusministerium fordert als bisher.

Die Kommunalisierung der Straßenbahn. Die Erwerbsverhandlungen der Kommission des Zweckverbandes Groß-Berlin mit der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn wurden heute fortgesetzt. Die Besprechung war streng vertraulich, zu Beschlüssen kam es nicht.

Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters am Freitag, den 13. Juni, Philharmonie, Bernburger Str. 22/23. Beginn 8 Uhr.

Secretariat für militärische Aufklärung, Lindenstraße 114 I. Juristische Sprechstunde heute 3/2-4/2, Uhr.

Kocher deutscher Pazifisttag. Vom 13. bis 15. Juni findet in Berlin ein Deutscher Pazifisttag statt unter der Parole: Für den Weltfrieden! Im Anschluß daran finden öffentliche Vorträge statt. Es sprechen am Sonnabend, 1/2 5 Uhr, im Sitzungssaal des Herrenhauses Prof. Lujo Brentano, München über „Freihandel und Pazifismus“, Frau Kirchhoff, Bremen über „Jugend und Pazifismus“, und Prof. Nicola, Berlin über „Naturwissenschaft und Pazifismus“. Am Sonntag, vormittag 11 Uhr, sprechen im Lehrervereinshaus, Dr. H. D. Fried, Bern, G. v. Gerlach, Berlin und Prof. Luibbe, München.

Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen. Mitglieder, die an der Verdringung der Genossin Luxemburg teilnehmen wollen, treffen sich am 1/2 12 Uhr auf dem Landsberger Platz, Aufstellung hinter der Sozialistischen Studentenpartei.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Wichtige Aenderungen der Bestimmungen über die Kartellgesetzgebung. Die Abschnitte 25-a der Berliner Kartellgesetzgebung gelten nicht bis 15. Juni, sondern werden schon am 14. Juni ungültig. Die Kartellen auf die Abschnitte 25 sind ferner spätestens bis 14. Juni abends zu entnehmen und für den Verbrauch in der Woche vom 16. bis 22. Juni aufzubewahren. Die zum Verbrauch in der Woche vom 23. bis 29. Juni bestimmten und auf die Abschnitte 25-a entfallenden 5 Pfund Kartellen sind bereits vom 14. Juni früh bis spätestens 15. Juni abends zu entnehmen und für den Verbrauch aufzubewahren. Wegen der Militärexportation, Obst, Schmalz, Speiseeis, Speiseeis, Speiseeis usw. sind besondere Vorschriften erlassen, die wie die sonstigen Einzelheiten aus den Schulenschriften zu ersehen sind. — Ausländisches Meizenmehl, 1/2 Pfund, wird nach Voranmeldung in der Zeit vom 15. Juni bis zum 16. Juni am Abschnitt Q 6 der Einfuhrzulasskarte für Berlin ausgegeben. Auch bei dieser Verteilung soll der vorzugsberechtigten Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, an Stelle des teuren ausländischen Meizenmehls das höher ausgemahlene billigere inländische Meizenmehl zu beziehen. Es ist ohne Voranmeldung gegen den ganzen Abschnitt Q 6 der Einfuhrzulasskarte schon jetzt erhältlich. Preis für das Auslandsmehl 1,10 M. je 1/2 Pfund, für Inlandsmehl 0,16 M. je 1/2 Pfund. — Vom 16. bis 22. Juni in Anrechnung auf die Einfuhrzulassungen die 5 Abgabe von 20 Gramm Margarine gegen beide Abschnitte Q 5 der Einfuhrzulasskarte unter gleichzeitiger Vorlegung der Speisekarte. Mariendorfer-Süden. Auf Groß-Berliner Lebensmittelkarten auf Abschnitt 25 500 Gramm Margarine für 80 Pf. Lebensmittelkarten spätestens bis 17. Juni vorlegen! Verkauf beginnt am 20. Juni. Für die bis 28. Juni nicht eingelieferten Abschnitte erlischt das Bezugsrecht. Hennigsdorf. Auf Lebensmittelkarte B 8: 150 Gramm Rauschthon auf Abschnitt 18, 150 Gramm Käsefäden, Größe oder Nabeln auf Abschnitt 17, Abschnitt 20 (821-1040) je ein Dering bei Rombard und Pöhl.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Mariendorfer-Süden. Sonnabend, 14. Juni, 8 Uhr, von den bekannten Delegierten aus Flugblattverbreitung. Nicht aller Genossen und Genossinnen ist es, sich unbedingt daran zu beteiligen. Charlottenburg. 11. Gruppe. Gruppenversammlung heute, 7/2, Uhr, bei Raut, Hofweg 25. Vortrag Genosse Dr. Vorhardt. Lichtenberg. Heute 7/2, Uhr, Aula an der Parkau, öffentliche Volksversammlung: „Das Schulwesen im sozialistischen Staate“. Besetzung: Stabs, Genosse Dr. Erich Mitte-Berlin.

Paulink. Heute Freitag, abends 8 Uhr: Vorträge über: „Die Geschichte des Sozialismus“ vom Gen. Herbert Berger im Zeichenaal der Kantonschule Gemeindefchule II, Seidlichstraße.

Bezirk Wilmersdorf. Die heute abend 7/2, Uhr in der Hindenburgschule stattfindende Mitgliederversammlung ist die der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Die Mitgliederversammlung der S. P. D. findet Montag 8 Uhr in derselben Schule statt.

Soziales.

Delegiertentag der Invaliden und Erwerbsbeschränkten.

Dieser Tage kamen in Frankfurt a. M. die Delegierten der Arbeitsinvaliden, Unfall-, Alters- und Armenrentner zusammen. Im Laufe dieses Jahres hatten sich in mehreren Orten Vereine zur Besserung ihrer traurigen Lage gebildet. Die Tagung sollte eine Zusammenkunft von Rot und Gelb und gewährte einen erschlatternden Anblick. Als Grundlage der Beratung dienten die von dem Frankfurter Verein an die Stadtverwaltung gestellten Forderungen, die mit einigen Ergänzungen als die Forderungen des Bundes angenommen und als dessen Ziele im Statut aufgenommen wurden. Danach soll jeder, der durch ein körperliches Leiden, Verhinderung, Krankheit, Siedung, Lähmung, Alter erwerbsunfähig oder beschränkt ist und dessen Einkommen unter die reichsgesetzlich festgelegten Sätze für Erwerbslose bleibt, fürsorgeberechtigt sein. Dabei soll jedem das Recht gewährleistet sein, zu entscheiden, wo er seinen Aufenthalt und seine Pflege nehmen will. Die Gemeinden übernehmen die Beschaffung von künstlichen Gliedern, Prothesen und sonstigen Hilfsmitteln für all die Fürsorgeberechtigten, die auf Stellung solcher anderweitig keinen Anspruch haben. Die Bezeichnungen Armenamt, Armenpflege, Armenhaus sind zeitgemäß zu ändern. Die wirksamste Hilfe für alle diese Bedürftigen aber ist die Beschaffung von Arbeit. Zu diesem Zweck sind bei den Arbeitsnachweiser besondere Abteilungen für Erwerbsbeschränkte zu errichten. Damit die Erwerbsbeschränkten nicht als Lohnbrüder benutzt werden, sollen sie sich der Berufsorganisation angeschlossen. In allen Fürsorgeämtern sind Vertreter der Organisation hinzuzuziehen.

Die Gründung eines Reichsbundes für Invaliden, Erwerbsbeschränkte und Erwerbsunfähige wurde einstimmig beschlossen, der Beitrag auf 50 Pf. monatlich festgesetzt. Die Bundesgeschäftsstelle ist in Frankfurt a. M., Weimannstraße 46. Als Vorsitzender wurde J. Lüneburg gewählt. Dieser wurde auch mit der Herausgabe einer Bundeszeitung beauftragt, und eines Votationsblattes. Die Berichte aus den einzelnen Vereinen ergaben überall das selbe Bild: eine Insumme von Hilfsbedürftigkeit und ungenügender Fürsorge. Der Delegierte aus Berlin beklagte sich, daß er bei der Presse sehr geringes Entgegenkommen gefunden habe, nur die „Morgenpost“ und der „Vorwärts“ haben eingesandte Notizen über den Verein gebracht, dagegen nicht die „Freiheit“ der U. S. P. Für die Agitation wurde ein Aktionsausschuß gewählt aus sechs Personen.

Bekämpfung der Tuberkulose.

Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees.

Im großen Hörsaal der Akademie für das militärärztliche Bildungswesen fand am gestrigen Donnerstag die 23. Generalversammlung des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose statt. In der Vormittags Sitzung wurden zunächst geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, in wie erschreckendem Maße die Tuberkulose-Erkranklichkeit während des Krieges zugenommen ist. Die dauernde Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Lage, die stetige Zunahme der Ernährungschwierigkeiten, die wachsende Unruhe und Abspannung haben auch unsere Bemühungen um die Bekämpfung der Tuberkulose aufhalten gemacht. Dorte schon der Krieg mit seinen unmittelbaren Auswirkungen auf die Heimat die Tuberkulose-Bekämpfung in der empfindlichsten Weise beeinträchtigt und die Ausbreitung der Tuberkulose befördert, so hat noch in viel höherem Maße die politische Unruhe in Deutschland und die andauernde Unruhe und Unordnung lähmend und überdies auf alle Einrichtungen der Tuberkulose-Fürsorge gewirkt. Allein in 20 Großstädten mit über 100 000 Einwohnern liegt bei der Bevölkerung die Zahl der Todesfälle auch in den Mittel- und Kleinstädten bemerkbar. Die Zahl der Heilstätten für erkrankte Lungenerkrankte in Deutschland beträgt 168 mit 16 767 Betten, die der Kinderheilstätten 169 mit 14 000 Betten, Waisenheilstätten sind 183 vorhanden, Waisenschulen mit vollwertigen Unterricht 17, ländliche Kolonien drei für Erwachsene und zwei für Kinder. Ferner wirken im Interesse der Tuberkulose-Bekämpfung 33 Gensungsbüros, 84 Beobachtungsstationen, 323 Krankenhäuser und Tuberkulose-Abteilungen in allgemeinen Krankenhäusern. — Im April d. J. hat die frühere Kaiserin sich zu ihrem schmerzlichen Bedauern wegen geföhrt, ihr Protektorat mit allem daraus entspringenden Rechten und Pflichten niederzuliegen. — In der Nachmittags Sitzung sprach Geheimrat Dr. Dames über den Aufstieg der Tuberkulose während des Krieges und Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Bis über Ausbau der Tuberkulose-Bekämpfung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, Ortsgruppe zu Berlin. 14. Juni, 4 Uhr, Augustenplatz, Lindenstr. 3. Vortrag: „Die Sozialdemokratie und ihre Jugendbewegung“. Vorkaufsstelle pünktlich 3 Uhr. — Zentralverband der Handlungsgeschäften. Bezirk Tempelhof-Mariendorf. Sonntag, 15. Juni: Ausflug nach Volldam. Tempelhof, Kaputt. Baumgartenbrunn. Bildpost-Volldam. Treffpunkt: 7 Uhr. Bahnhof Tempelhof. Abfahrt 7:05 dortselbst, ab Volldamer Bahnhof 7:50 Uhr. Gäste willkommen. — Arbeiter-Kasserverband „Solidarität“, Ortsgruppe Wilmersdorf. Sonntag, 15. Juni: Bade- und Abfahrt nach Müggelsee (Schön-Wald). Start: morgens 6 Uhr im Vereinslokal, Schönfelder: 7 Uhr. Bahnhof Zoologischer Garten bis Rahnsdorf. Gäste willkommen. — Arbeiter-Kasserverband in Groß-Berlin. Sonntag, 15. Juni, früh 5 Uhr: Grob-Betten (Kadour), nach 14 Uhr: Epenitz („Schweizerarten“). Start: Mariannenplatz. — Arbeitervereine „Die Naturfreunde“. Sonntag: Wanderung Bernau-Gellic-Brandlitz. Abf. 6:40 Steiner Vorortbahnhof. — Steuergewerkschaften Sozialer Schre zu Berlin, Zentralbeirat: Freitag 1/2 8 Uhr, Niederrwallstr. 12. Redungen in mehreren Abteilungen. Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Wiesdorf. Freitag 7 Uhr Rest Rärnberg, Narzabner Str. 1. Gründungsversammlung des Vereins „Arbeiterjugend“. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder darauf aufmerksam zu machen. Vortrag: Was will der Verein Arbeiterjugend Groß-Berlins?

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag: Deftlich der Ober größtenteils trocken, überwiegend heiter und sehr warm. Im Westen langsame Zunahme der Bewölkung, vielfach Gewitter und etwas Abkühlung.



Der natürliche fachinger Mineralbrunnen ist eingetroffen und wieder erhältlich in allen einschlägigen Geschäften (Mineralwasser-Handlungen, Apotheken, Drogerien usw.), sowie durch die Versandstelle, Schöneberger Straße 16a. Fernsprecher: Amt Lützow Nummer 8260, 8261.



Das bayerische Ministerium und der Tod Levinés.

Die sozialdemokratischen Minister gegen das Todesurteil.

München, 12. Juni. Unter Bezugnahme auf die Angriffe, die die sozialdemokratischen Mitglieder des Ministeriums wegen dessen Stellungnahme im Falle Levinés erfahren müssen, wird von ausständiger Seite mitgeteilt, daß der Ministerratbeschluss über die Urteilsvollstreckung an Levinés in Abwesenheit und ohne Möglichkeit der vorherigen Verständigung des Ministerpräsidenten, der sich zum Besuch seiner kranken Frau in der Schweiz befand, gefaßt wurde und daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Ministerrats gegen die Befestigung des Todesurteils gestimmt haben.

Staatsbeamte und Staatsangestellte.

Ein Kampf in den Ministerien.

Man schreibt uns: Bis vor wenigen Jahren konnte man in den Ministerien fast nur die erste Kategorie, die Beamten. Sie bilden eine streng abgeschlossene Klasse oder vielmehr deren etliche, denn zwischen den unteren, mittleren und höheren Beamten besteht eine starke Kluft. Die Beamtenschaft fühlte sich bisher allein berufen, die Staatsmaschine in Gang zu halten. Was in dieser Klasse, die, soweit es sich um die höheren Beamten handelt, aus den feudalen Körperverbindungen hervorgegangen ist, an Ueberhebung und Borniertheit geleistet wurde, ist nicht unbekannt.

Der Krieg brachte auch den Behörden neue Aufgaben und damit auch die Notwendigkeit der Beschäftigung von Arbeitskräften aus wissenschaftlichen, technischen, kaufmännischen, zum Teil sogar aus Arbeiterkreisen, also von Nichtbeamten. Diese Entwicklung wurde in der Revolution fortgeführt. Neben den Geheim- und sonstigen Räten tauchten zahlreiche der Bureaucratie fremde und ungewohnte Mitarbeiter auf. Sie sind bei den „legitimen“ Handlangern der Regierung wenig gern gesehen. Diese Eindringlinge, die sich so garricht dem Trotz des Amtschimmels anpassen wollen, fielen den Geheimräten auf die Nerven. Man wünschte sie nicht und duldete sie nur widerwillig als unliebsame Begleiterleistungen der genau so wenig erwünschten und verstandenen neuen Zeit. Kein Wunder, daß die Beamten vom alten Schlag diesen „Außenheimern“ passivsten und wo es irgend anging, auch aktiven Widerstand entgegensetzten. Demu nicht nur, daß diese „Leute“, wie gelegentlich der immer noch feudale Personalreferent sie nennt, mit allerlei Neuerungen kamen — schließlich bleiben diese Nichtbureaucraten gar in den Ministerien sitzen und nehmen dem Assessor und Geheimrat den wohlverdiensten Platz weg.

Es wird in den Ministerien ein stiller, aber zäher Kampf gegen diese Eindringlinge geführt, und wer diesen Streit verfolgen kann, der sieht mit Erstaunen, daß in den Ministerien der deutschen Republik noch recht überlebte Maximen und Geister am Werke sind, um feindliche Blut von den Behörden fernzuhalten. Mit verbindlicher Geschmeidigkeit, aber auch geschickter Zähigkeit bringt der Personalreferent immer wieder Assessoren und Räte in Vorschlag, die sich einzeln und allein zur Beschäftigung eignen, und tausend Gründe sprechen gegen die neuen Leute, die nach dem Wunsch der Beamten wieder Platz machen müssen, damit die eingefessenen Verwaltungsjuristen als Handlanger des alten Regimes auch in der Republik Platz und Einfluß behalten. Und sie haben noch sehr viel Einfluß, weit mehr als die vielbeschäftigten republikanischen Minister immer sehen und feststellen können. Um so mehr aber hat das neue Deutschland Veranlassung zu fordern, daß nicht wilhelminische Geheimräte dauernd die Berater der neuen Minister bleiben. Vielleicht lenken diese einmal ihre Aufmerksamkeit auf diesen Kampf der Personalreferenten gegen die Angestellten in den Behörden. Mit Material kann gebietet werden.

Heeringens Verstärkungen.

Eine Verichtigung des Reichskriegerdanks.

Die Hilfskreise des Generalobersten von Heeringen um Unterstützung in seiner bedrängten Lage sind nicht vergeblich verhallt. Der Reichskriegerdank bedarf des Rückzug des Obersten aller Kriegervereine, indem er uns mit folgender Verichtigung bombardiert:

Es ist unwar, daß der Reichskriegerdank keine neutrale Unterstützungsorganisation darstellt. Gemäß § 2, Ziffer 2 der Satzung erstreckt sich die Fürsorge des Reichskriegerdanks auf Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene, ohne jede Rücksicht darauf, ob sie einem Kriegervereine angehören oder nicht und ohne Unterschied der politischen Parteilichkeit oder des religiösen Bekenntnisses. Dieser Grundlag ist auch für die Zusammenfassung der Organe des Reichskriegerdanks maßgebend. Der Vorstand des Reichskriegerdanks.

Für den abwesenden Präsidenten: der geschäftsführende Vorsitzende Westphal, Geheimrat Regierungsrat.

Herr v. Heeringen und Geheimrat Westphal mögen sich nicht weiter mit Verichtigungen bemühen. Nicht nur wir, sondern die große Öffentlichkeit weisen ihren Belenenerungen etwa dieselbe Glaubwürdigkeit bei, wie den Angaben des Reichsmarineamts während des Krieges über die unfehlbare Wirkung des U-Boot-Krieges. Und wenn sie uns noch zehn Verichtigungen ins Haus senden: Eine Einrichtung, bei der die Kriegervereine das Heft in Händen haben, ist für uns politisch nicht neutral, und was die Herren zur Deckung nach außen hin in ihre Satzungen schreiben, interessiert uns nicht, weil wir die Methoden der Kriegervereine nicht erst seit heute und gestern kennen. Die Kriegervereine waren ja auch „neutral“, als sie noch Sozialisten hießen, Liberale verfolgten und konservative Wahlen machten. Ungefähr so „neutral“ ist auch ihr Reichskriegerdank.

Der letzte Generalstreiksbeschluss.

Eine Erwiderung an Dr. Michaelis.

Uns wird geschrieben: In der Pfingstnummer des „Berliner Tagblattes“ erhebt Dr. Michaelis gegen den Groß-Berliner Volksgewerksrat den Vorwurf, daß er sich offenkundig in slavischer Abhängigkeit von den Kommunisten befindet und verdrängt diesen Vorwurf gegen den Vorstand des Volksgewerksrats Genossen Probst dahin, daß er bei der Leitung der letzten Vollversammlung der Arbeiterräte nicht Herr der Situation gewesen sei, da er andernfalls den Antrag, der nicht auf der Tagesordnung stand, nicht zur Abstimmung hätte bringen dürfen.

Besüglich des zuerst erhobenen Vorwurfs wird bemerkt, daß er — soweit S. P. D.-Mitglieder des Volksgewerksrats in Frage kommen — nicht zutrifft, daß diese sowohl im Plenum des Volksgewerksrats

sowie auch bei den Vollversammlungen bei jeder Gelegenheit ihrer Stellungnahme gegen Anträge der Kommunisten, die sich mit ihrer Auffassung nicht decken, ungewöhnlich Ausdruck gegeben haben.

Was nun den zweiten Vorwurf betrifft, so darf zur Richtigstellung erklärt werden, daß nach der Geschäftsordnung auf jeder Vollversammlung unbeschadet der Tagesordnung Dringlichkeitsanträge nach genügender Unterbreitung zur Besprechung und Abstimmung kommen können. In dem fraglichen Falle lag die Sache so, daß die Unterbreitungsfrage — ohne daß sie gestellt wurde — erledigt war durch die ungeheure Erregung, in der sich der weitaus größte Teil der versammelten Arbeiterräte infolge des niederschmetternden Eindrucks, den die Nachricht von der handredlichen Ermordung Levinés ausgeübt hatte, befand. Von einer Vergewaltigung der Arbeiterräte kann daher keine Rede sein. Es handelt sich vielmehr um eine spontane Rundgebung der Arbeiterräte — vielleicht durch das Vorgehen der Kommunisten inspiriert. Diese Demonstration hätte sich durch keinerlei Direktive seitens der Geschäftsführung aus ihrer Bahn drängen lassen. Ob allerdings die Randaktgeber der Arbeiterräte dem spontanen Vorgehen ihrer Mandatäre restlos einverstanden waren, ist eine Frage, die offen bleibt.

Besremend ist, daß Herr Dr. Michaelis, der als Arbeiterrat an der Versammlung teilnahm, nicht von seinem Recht, seine Meinung geschäftsordnungsmäßig dort zum Ausdruck zu bringen, Gebrauch machte, sondern nunmehr post festum mit seiner Mißbilligung heraustrudert.

Die „Reichsarbeitsstunde“.

Als wir zum ersten Male davon hörten, haben wir es für eine Sandwurfschale gehalten. Nun, wo sich die bürgerliche Presse bereits damit beschäftigt, können wir an der Echtheit der Tatsache nicht zweifeln: Dornburg will eine „Reichsarbeitsstunde“ einführen. D. h. jeder Arbeitende soll pro Tag eine Ueberstunde leisten, von deren Erlös ihm eine Mark abgezogen und der Reichskasse zugeführt wird. Das ergibt, so errechnet man, auf 21 Millionen Menschen eine Jahresertragsnahme von 7 Milliarden Mark. In Wirklichkeit kommt die Steuer darauf hinaus, daß 1. die Arbeiterschaft ihres Achtstundentages beraubt wird und 2. jeder, der nicht das Vergnügen hat, von Renten leben zu dürfen, als Strafe dafür, daß er ein armer Lump ist, noch jährlich mindestens 300 M. Ertragssteuer zahlen darf! Das maggebende Regierungsmännern mit solchen Gedanken spielen, noch ehe die Vermögensabgabe durchgeführt ist, die Kriegsgewinne erfasst sind und den Großhändlern, die ihr Kapital rechtzeitig ins Ausland gebracht haben, das Fell über die Ohren gezogen worden ist, kennzeichnet den Tiefstand des ökonomischen Denkens bei den bürgerlichen Reformpolitikern. Man könnte sich damit zufrieden geben mit Rücksicht auf die Tatsache, daß ein Mensch das Recht, sich unsterblich zu klammern, auch dann nicht verloren hat, wenn er Minister ist. Das Bedenkliche ist nur, daß man aus Furcht vor dem drohenden Zusammenbruch der Finanzen zu Mitteln greift, die die Unmoral der Steuererhebung in alle Ewigkeit festlegen wollen. Wenn Dornburg ein aufrechter Mann wäre, so würde er einfach fordern: Jeder Arbeiter leistet eine Ueberstunde und zahlt außer den übrigen Steuern noch 300 M. Arbeitsteuer. Statt dessen versucht man unter Vorschlagung patriotischer Begriffe (Reichsarbeitsstunde) ein neues Ausbeutungssystem zu schaffen, das dem der indirekten Steuern in keiner Beziehung nachsteht. Wenn Dornburg so weiter arbeitet, dürfte er das Recht auf einen langfristigen Erholungsurlaub bald erworben haben!

Polnische „Arbeiterfürsorge“.

Aus Bromberg wird uns geschrieben: Nur wenige Berichte kommen zu uns aus dem besetzten Gebiet der Provinz Polen, und die zu uns gelangen, zeigen die polnische Herrschaft in ihrer ganzen Art. Man lese folgende Mitteilung: „Das Gouvernement der Stadt Posen hat verfügt, daß ab 1. Juni er. die achtstündige Arbeitszeit in eine zehnstündige umzuwandeln ist. Die Löhne sind für die einzelnen Berufsgruppen festgesetzt, es beträgt die Herabsetzung des Stundenlohnes circa 25 Prozent.“

Ein Beispiel: für Maurer und Zimmerer wurde der Stundenlohn bei achtstündiger Arbeitszeit im April für die Stadt Posen auf 2,00 M. festgelegt, jetzt soll er bei zehnstündiger Arbeitszeit 1,50 M. betragen; ergo: zwei Stunden mehr Arbeit pro Tag und eine Mark weniger Tagesverdienst. Dieses Ergebnis polnischer Arbeiterfürsorge entspricht ganz dem Charakter der polnischen Machthaber, dürfte aber wenig geeignet sein, die Arbeiter zu befriedigen. Die Forderung der Arbeiter in der Ostmark: Nicht zu Polen, hat danach ihre volle Berechtigung.

Stadtverordnetenversammlung.

Auf dem in diesen Tagen in Berlin stattfindenden 8. Pagen-Kongress wird die Versammlung durch den Stv. Dove (Dem.) vertreten sein. — Die Besitze, 12. Juni, etwa unerledigt bleibenden Gegenstände der sehr umfangreichen Tagesordnung werden morgen in einer Extraparagraphen beraten werden.

Den Bericht des Ausschusses für die drei Vorlagen betreffend Erhöhung der Bezüge der Hilfskräfte und der Beamten, Angestellten und Arbeiter erstattet Stv. Jubeil (N. Soz.). Die Entschuldigsumme von 800 M., die der Magistrat den Beamten vorgelegt hat, hat der Ausschuss für zu niedrig gehalten; er will den Soldaten 1000, den Verbeirateten 1200 M. und für jedes Kind 200 M. gewähren. Diese Beträge sollen aber nicht als neue einmalige Beihilfe, sondern vorschlagsweise auf die schleunigst in Angriff zu nehmende anderweitige Befoldungsregelung angewiesen werden, die auch durch den Schiedspruch betr. die Hilfskräfte zur dringenden Notwendigkeit geworden ist. — Die Supernumerare sollen von jetzt ab monatlich 300 M. erhalten.

Von der Vg. Vgg. läuft ein Antrag ein, den Beamten die vom Ausschuss vorgeschlagenen Beträge einmalig und ohne Anrechnung auf spätere Gehalts erhöhungen zu bewilligen. Der Antrag wird von der überaus besetzten Zuhörertribüne mit stürmischen Beifallsrufen aufgenommen. Stv. Cassel (Dem.) beginnt mit einem scharfen Protest gegen diese Demonstration und die wiederholten Unterbrechungen, Beschimpfungen und Verhöhnungen, die den Rednern in der vorigen Sitzung von der Tribüne zuteil geworden sind. Die Ausschussvorschlüsse billigt er als Konsequenzen des Schiedspruches und der andauernden Teuerung; von dem System der einmaligen Teuerungszulagen und Entschuldigsummen müsse man im Interesse der Säuberung der Berliner Finanzen endlich abkommen. Der Antrag der Vg. Vgg. laufe lediglich auf billige Popularitätsbeschaffung hinaus. — Stadtrat Baum erklärt, der Magistrat werde schon morgen die Ausschussanträge, wenn sie heute von der Versammlung zum Beschluß erhoben werden, beraten und wohl auch annehmen. — Stv. Koblentz (Soz.) schließt sich dem Proteste Cassels an und legt Verwahrung dagegen ein, daß die Beratungen den Charakter einer Missbilligung annehmen. Der Schiedspruch vom 12. April habe bei allen Parteien das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Erhaltung einer vernünftigen Finanzwirtschaft geschärft; mit der ungemessenen Uebernahme immer neuer großer Lasten auf die Staatskasse müsse nun einmal gebrochen werden. Mit der neuen Teuerungszulagen müsse eine gründliche Reorganisation und eine Vereinfachung des Beamtenapparats Hand in Hand gehen. Neben dem neuen Gehaltsystem dürfe es nicht nur eine einzige laufende, später abbaufähige Teuerungszulage gewährt werden. — Mit Cassel tritt auch Koblentz für eine Verbesserung der Bezüge der Techniker und gegen den Antrag Wagensch ein. — Stv. Koch: Wer heute noch Popularität hascht, verbeugt sich vor der Sozialdemokratie und geht mit ihr durch die und dünn; wir gehen unsere eigenen Wege, der Vorwurf der Demagogie rührt uns nicht. Für den auch noch von der Magistratsvorlage vertretenen Gedanken einer Entschuldigsumme bedeuere der Ausschussantrag allerdings ein Verdrängen echter Klasse. Die Sozialdemokratie habe sich stets gegen die Beamtenforderungen ablenkend, ja feindselig verhalten. (Leb. Widerspruch bei der Mehrheit.) Der Antrag der Vg. Vgg. wolle ganze Arbeit machen und den Beamten wirklich helfen; was dem Arbeiter recht sei, sei dem Beamten billig. — Stv. Leid (N. Soz.) polemisiert gegen Koch und bezeugt auch die Art, wie der Stv. Stadtrat Kleinow vor acht Tagen für die Beamtenforderungen sich eingelegt habe, als „ungehörig“. Das Mitbestimmungsrecht der Beamten und Hilfskräfte, das man ihnen einzuräumen durchaus bereit sei, involviere auch gewisse Pflichten, insbesondere im Verkehr mit dem Publikum, das sich über die ihm an den verschiedenen Ämtern, Steuerstellen, Provisorien usw. zuteil werdende Behandlung oft zu beklagen habe. — Persönlich sehen sich Kleinow (Dem.) und Leid noch weiter über die Berechtigung zur Vertretung von Beamteninteressen auseinander. — Nach Ablehnung des Antrags der Vg. Vgg. gelangt der Ausschussvorschl. fast einstimmig zur Annahme.

Für die 3 ausgeschiedenen unbesoldeten Stadträte (Prof. Dr. Kreuz, jetzt Reichsminister des Innern, Geh. Justizrat Prof. Dr. Roffe und Geh. Kommerzienrat v. Borst) wird hierauf Ersatz gewählt. Aus dem ersten Wahlgang geht Stv. Sedelsohn (N. Soz.) mit 85 von 92 Stimmen hervor; ferner werden gewählt: Geh. Kommerzienrat Kunze (Soz.) mit 78 von 86 Stimmen, und Neg.-Rat Prof. Dr. Karl Ballod (N. Soz.) mit 68 von 81 Stimmen. Herr Ballod ist zu Anfang der heutigen Sitzung durch Beschluß der Versammlung das Berliner Bürgerrecht verliehen worden.

Für Zwecke des Arbeitsnachweises werden im Passage-Kaufhaus Räume gemietet für 246 400 M.; es ist gelungen, von dem ursprünglich geforderten Betrag wenigstens 20 750 M. abzuhandeln.

Die Beratung der 8 auf der Tagesordnung stehenden Anträge wird abgesetzt. Die Beteiligung der Stadt an der gemeinnützigen Hochscheregesellschaft „Groß-Berlin m. b. H.“ und am Großschmiedmarkt zu Berlin m. b. H. sowie an der Versuchswirtschaft für Schweinehaltung in Ruhlsdorf wird beschlossen und der Entwurf eines Gemeindebeschlusses betr. die Fürsorge für Kriegsbefähigte und Kriegsinvalide der Stadt Berlin genehmigt. — Morgen findet keine Sitzung statt. Schluß 6 Uhr.

Verbandstag der Maschinisten und Heizer

Galle, 11. Juni.

Es wird nunmehr in die Beratung der Satzungsänderung eingetreten. John Leipzig wünscht Bestimmungen, die verhindern, daß durch Uebertritte die Unterhaltungsstellen ausgenutzt werden. Der Kampfkarakter der Organisation müsse gewahrt werden. Fleischmann-Hamburg findet die vorgeschlagenen Höchstbeiträge von 80 Pf. wöchentlich als jämmerlich niedrig. Bohrmann-Vitterfeld will die Streit- und Gemahregelungsunterstützung ausgebaut haben, dagegen die Kranken- und Erwerbslosenunterstützung vermindern lassen. Schütz vom Hauptvorstand meint, die Beiträge könnten nicht so hoch gesetzt werden, weil dann andere Verbände mit niedrigeren Beiträgen Konkurrenz machen. Kiebe-Hamburg will die Frage der Berechtigung eines Streiks nur von denen entscheiden haben, die ihn führen. — Schlichting-Berlin will die Kranken- und Erwerbslosenunterstützung abschaffen, die Streikunterstützung erhöhen. Ball vom Hauptvorstand meint, der Abbau der Unterhaltungsstellen könne nur systematisch vom Gewerkschaftskongress gesehen werden. Es läuft ein Antrag ein, der das fordert, der von vielen Rednern beauftragt wird. Es sprachen noch Schmidt-Berlin, Schäge-Ludwigshafen, Paschke-Breslau, Krahn-Stettin, Kohl-Vantahütte, Kemann-Bremmerhaven usw.

Bei der hierauf vorgenommenen Beratung einzelner Anträge begründet Wilh. Müller-Spandau einen Antrag, aus der Hauptsache der Zentrale für die Revolutionssperre 1000 M. zu überweisen. Fleischmann-Hamburg wendet sich gegen den Antrag, die Verbandsangestellten jedes Jahr neu zu wählen. Das sei nicht zweckmäßig. Ein weiterer Antrag will, daß die Verbandszeitung in einer Druckerei der unabhängigen Partei hergestellt werde. Auch hier playen die Gemüter aufeinander, allerdings in sehr sachlicher Weise.

Industrie und Handel.

Zur Erhöhung der Eisenpreise.

Immer klarer tritt die Notwendigkeit eines einseitigen Wirtschaftsprogramms zutage. Wie wir gestern mitteilten, hat der Zechenbesitzerverband der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie den Beschluß gefaßt, die Kohlenpreise erneut zu erhöhen, und zwar mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Bergarbeiter weitere Lohn-erhöhungen fordern und mit dieser Preiserhöhung einverstanden seien. Zur Beleuchtung der Folgen einer solchen Preiserhöhung seien einige Zahlen angeführt: Der Jahresverkaufswert der wichtigsten Stein- und Braunkohlenreviere betrug (abzüglich der 20 Proz. Steuer) nach den Verkaufspreisen am 30. September 1918: 8,9 Milliarden Mark. Er stieg mit den Preiserhöhungen der letzten Monate auf rund 8 Milliarden Mark und würde, wenn die neue Preiserhöhung in Kraft träte, das deutsche Volk um eine weitere Milliarden belasten. Schon bis zum heutigen Tage betragen die Preiserhöhungen seit dem 30. September 1918 nach dem Jahresverkaufswert über 4 Milliarden Mark. Wenn an Kohlensteuer würde nach Anfrätschen der Preiserhöhung das deutsche Volk rund 1 1/2 Milliarden zu tragen haben.

Die Zahlen sprechen Bände. Es ist völlig ausgeschlossen, daß die fortgesetzte Erhöhung der Kohlenpreise noch andauern kann, ohne das gesamte Wirtschaftsleben zu ruinieren. Zeichenweise haben die Bergarbeiter den Zechenbesitzern ihre Zustimmung zu diesem Beschluß gegeben. Das beweist, daß bei einer Sozialisierung nach Gewerbesorgen auch der gemeinwirtschaftliche Gedanke nicht davor schützt, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam eine Preispolitik treiben, deren Last auf das Volksganze zurückfällt. Die Erhöhung der Kohlenpreise muß notwendigerweise eine Steigerung der Preise für sämtliche Artikel der Industrie nach sich ziehen, diese wieder eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktionskosten und damit eine Steigerung der Lebensmittelpreise, deren Ergebnis wieder neue Lohnbewegungen wären. Das ist die Politik, die dem Großkapital gerade erwünscht ist. Sie würde, wenn ihr niemand entgegentritt, zu einer Diskreditierung des Sozialismus führen, wie man ihn sich schlimmer nicht vorstellen kann.

Wir hoffen, daß das Reichswirtschaftsministerium die Preiserhöhungen nicht genehmigt. Das aber wird den Gang der Ereignisse nicht aufhalten können, wenn es nicht gelingt, die arbeitenden Massen an der Gestaltung des gesamten Wirtschaftslebens zu interessieren und in ihnen durch praktische Übung und Beobachtung das Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Volksgange zu wecken. Der Weg dazu führt über den Reichswirtschaftsrat. Um so dringender ist deshalb die Frage nach einem Wirtschaftsprogramm, das solche Ansätze unmöglich macht. Es ist von Bisher bereits vorgeschrieben worden. Darum sollte der Parteitag nicht auseinandergehen, ehe er zu diesem brunnenden Problem Stellung genommen hat.

